Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatl. 5 M. durch Boten bezogen monatl. 5.50 M. durch auswärtige Boten monatl. 5.75 M. bei Postbezug monatl. 6 M. frei Haus. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 30 Pf. Postscheck-Konto Leipzig 16 654. Geschäftsstelle Hälterstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der 7gesp. Millim. Satzraum 30 Pfg. und der 3gesp. Millim. Reklameraum Mk. 1.—. Die laufende Monatsanführung wird vom Betrieber auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Ziffergebühr 50 Pfg., Porto besonders. Norm. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 183. Montag, den 8. August 1921. 161. Jahrgang

Tageschronik

Heute beginnt in Paris unter zweifelhaften Auspizien die Tagung des Obersten Rates.

Die Gefahr des vierten Polenaufstandes rückt in immer gefährlichere Nähe.

Die Halleschen Richter protestieren gegen die Nachprüfung der Sondergerichtsurteile als gegen eine verschleierte Amnestie für die Aufrührer.

In Danzig ist infolge der Tumulte im Parlament eine Parlamentskrise eingetreten.

Vor der Entscheidung.

„Es gibt nur zwei Möglichkeiten."

Die Pariser Blätter setzen ihre Angriffe gegen Lloyd George fort. So erklärt der „Matin", daß es gegenwärtig keinen Gegenstand in der auswärtigen Politik gäbe, worin Frankreich mit England übereinstimme. Es gebe nur zwei Möglichkeiten: Sich verständigen oder weichen. Jeden Augenblick müsse der englische Ministerpräsident wissen, daß es

für die französische Versöhnlichkeit Grenzen gebe

und daß Frankreich nicht verloren sei, wenn England ihm seine Unterstützung entziehe. Brutale Offenheit ohne Einschränkung sei das beste Mittel, zu einem Einvernehmen zu gelangen.

Der „Temps" weist darauf hin, daß jetzt in Paris eine Woche beginne, die über die Zukunft entscheiden werde. Dem Ernste des Augenblicks könne niemand entgehen. Die alliierten Regierungen hätten sich darüber Rechenschaft abzugeben, daß die Zukunft der englisch-französischen Einigkeit und die Zukunft des europäischen Friedens auf dem Spiele stehen.

Sturz der französischen Regierung wegen Oberschlesien?

Dem „Petit Parisien" macht es Kopfschmerzen, daß über Polen und Oberschlesien ganz England genau so denkt wie sein Ministerpräsident. Die Lage Briands sei übler als im Mai. Briand müsse daran denken, daß jeder französische Minister, der mit den französischen Alliierten handle, sich den heftigsten Angriffen in der Kammer aussetze. Die Regierung Briand setze sich der Gefahr aus, wegen der oberschlesischen Frage, die eine symbolische Bedeutung habe, gestürzt zu werden.

Eine Erweiterung der Tagesordnung?

Da es sich beim besten Willen nicht mehr ermöglichen läßt, was bisher für Frankreich ein Hauptanziehungspunkt bei den Sitzungen war, nämlich die deutsche Abrüstung vor die Versammlung zu bringen, so hat man jetzt wenigstens den Ausweg gefunden, daß man erklären läßt, die

Luftfahrtsbestimmungen

des Versailler Vertrages seien von Deutschland in nichtgenügender Weise durchgeführt. Demnach wird man Marschall Foch zur Konferenz kommen lassen und wird ihn seinen bereits einmal vertretenen Standpunkt wiederholen lassen, daß Deutschland verhindert werden muß, seine zivilen Luftfahrzeuge in Kriegsfahrzeuge zu verwandeln.

Foch will auch, daß ein eigenes Kontrollorgan in Luftfahrtfragen in Deutschland fortbesteht. Aber schon zwei Monate lang hat die Regierung von London die Genehmigung dieses Vorschlages versagt. Das „Echo de Paris" erklärt, daß man bei der Erörterung dieser Frage sehen wird, ob Frankreich genügend Garantien habe, daß seine Sicherheit gewährleistet sei.

Lloyd George über Oberschlesien.

Lloyd George und Lord Curzon sind Sonntag abend um 7 Uhr in einem Salonwagen mit dem fahrplanmäßigen Expreßzuge von Calais kommend, auf dem Pariser Nordbahnhofe eingetroffen. Die Begrüßung zwischen Briand und Lloyd George war äußerst herzlich. Beide überboten sich in den starken Bemühungen, ein liebenswürdiges Lächeln zur Schau zu tragen. Briand wird noch am Abend mit Lloyd George eine persönliche Unterredung haben.

Lloyd George machte einer Persönlichkeit, die ihn häufig besucht, Mitteilungen über seinen Standpunkt in der oberschlesischen Frage. Lloyd George erklärte, daß

Oberschlesien historisch in keiner Weise als polnisch

angesprochen werden könne. Allerdings müsse man anerkennen, daß die Mehrheit der in den Bergwerken und Fabriken Oberschlesiens arbeitenden Bevölkerung in der Tat polnisch sei. Das Verhältnis bei der Volksabstimmung habe sich für die Deutschen auf 6:4 gegen Polen gestellt, doch sei diese Mehrheit so schlecht verteilt, daß keine Möglichkeit bestehe, eine auf dieser Mehrheit beruhende einfache Teilung (!) Oberschlesiens vorzunehmen. Lloyd George wünscht nicht, daß die oberschlesische Frage den Weltfrieden bedrohe. Lloyd George verlangt, daß Polen den Vertrag mehr als jede andere Macht respektieren müsse, weil es die Gefallenen der Alliierten allein zustande gebracht hätten, daß Polen wiedererstand, nachdem die Hälfte seiner Bewohner gegen die Alliierten gekämpft hatte. Was Deutschland betreffe, so müssen die Alliierten, wenn man will, daß es seinen Verpflichtungen nachkomme, auf der Erfüllung des Versailler Vertrages bestehen. Lloyd George ist der Ansicht, daß die Alliierten in Oberschlesien Herren der Lage sind, und daß die alliierten Truppen imstande sein werden, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Diesen Standpunkt werde Großbritannien auch auf der Konferenz des Obersten Rates verteidigen müssen.

Gegen Nachprüfung der Sondergerichtsurteile.

Zwei Proteste gegen die verschleierte Amnestie.

Gegen den Erlaß des Reichsjustizministers, der eine bevorzugte Prüfung sämtlicher Urteile, in denen von den Sondergerichten auf Zuchthaus erkannt ist, anordnet, haben

die Halleschen Richter

in einer Entschließung Stellung genommen, in der sie sagen:

„Zu dem Erlaß einer solchen Anordnung ist der Reichsjustizminister zwar formell berechtigt. Die darin enthaltenen Richtlinien führen jedoch zu dem Ergebnis, daß fast sämtliche Zuchthausstrafen nicht vollstreckt werden. Bei dem Umfange der Gnadenerweisungen wird durch den Erlaß die gleiche Wirkung erreicht, wie durch eine Amnestie, die aber nur im Wege des Gesetzes erlassen werden könnte. Bei der Bevölkerung wird der Eindruck erweckt, daß die Urteile der Sondergerichte ungerechtfertigt seien. So stellt der Erlaß einen Eingriff in die Rechtspflege dar der geeignet ist, die Achtung vor dem Gesetz zu untergraben, die Wiederherstellung der Staatsautorität zu erschweren und verfassungsfeindliche Elemente zu gewaltsamem Vorgehen zu ermutigen."

Der Landesverband Halle-Merseburg der Deutschen Volkspartei hat folgendes Telegramm an den Reichsjustizminister gerichtet:

„Die friedliebende Einwohnerschaft Mitteldeutschlands hat mit Erstaunen Kenntnis genommen von den in jüngster Zeit erfolgten Begnadigungen von Verurteilten der letzten Aufstandsbewegung. Ihr fehlt jedes Verständnis dafür, daß selbst Führer, die zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt sind, begnadigt und in Freiheit gesetzt worden sind. Diese Tatsache muß in einem Gebiet, das bereits seit drei Jahren alljährlich von schweren Unruhen mit den schändlichsten Begleiterscheinungen heimgesucht ist, geradezu vorbereitend für neue Putsche wirken. Die nach allen Aufstandsbewegungen üblich gewordene Nichtvollstreckung von Urteilen hat hier bereits in weiten Bevölkerungsschichten eine überaus leichtfertige Auffassung über die Rechtsprechung erweckt, die das Ansehen der Gerichte und die Staatsautorität auf das allerschwerste gefährden.

* * *

Die Gegenliste heraus.

Der Reichstagsabgeordnete General v. Schoch richtete in seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender der Deutschen Volkspartei in Bayern an die bayerische Regierung folgendes Schreiben:

„Im Namen der Deutschen Volkspartei in Bayern stelle ich an die bayerische Staatsregierung den Antrag, sie möge sich bei der Reichsregierung mit aller Entschiedenheit für die beschleunigte Veröffentlichung des deutschen Materials über Kriegsverbrechen von Angehörigen des Feindbundes einsetzen und in Berlin einen Druck dahin ausüben, daß endlich einmal die Kleinmütigkeit derer zurückgedrängt wird, die auch heute noch glauben, die deutsche Außenpolitik müsse vor allem darauf ausgehen, die fremden Machthaber unter keinen Umständen zu reizen und lieber immer wieder schreiendes Unrecht erdulden. Bis weit in die Arbeiterkreise wird jetzt gerade wieder angesichts der Leipziger Prozesse diese Haltung der deutschen Staatsmänner als schwächlich und unwürdig empfunden.

Korfanty darf nicht nach England.

Korfanty hatte die Absicht, von Paris nach London zu fahren. Zu diesem Zweck hatte er bei den französischen Behörden um einen Paß nachgesucht, der ihm auch bewilligt wurde. Die englische Botschaft hingegen erklärte dem polnischen Führer, daß sie ihm auf Weisung ihrer Regierung die Erteilung des erforderlichen Visums verweigern müsse.

Bayern für ein ungeteiltes Oberschlesien

Die Nichtsozialdemokratischen Parteien des Bayrischen Landtages haben eine Kundgebung erlassen, in der das ungeteilte Verbleiben Oberschlesiens im Namen des historischen Rechts und der Politik der Vernunft gefordert wird. Für unser Volk und unsere oberschlesischen Landsleute, die durch ihre Abstimmung und durch ihr tapferes Aushalten in Not und Tod ihre Treue zur deutschen Heimat bestegelt haben, erheben die Fraktionen des Bayrischen Landtages nochmals ihre Stimme und fordern im Namen von Recht und Freiheit ein ungeteiltes Oberschlesien.

Die unteilbare oberschlesische Industrie.

Der Direktor des geographischen Instituts der Universität Breslau, Prof. Dr. W. Volz, hat eine bemerkenswerte Studie über die „wirtschaftsgeographischen Grundlagen der oberschlesischen Frage" veröffentlicht. In dieser Arbeit werden alle wirtschaftlichen und geographischen Tatsachen — Bevölkerung, Siedelungskomplexe, Verkehrsmittel, Wasserstraßen, Kraftversorgung u. a. — gewürdigt, die die fachliche Unteilbar-

eine auf dieser Mehrheit beruhende einfache Teilung (!) Oberschlesiens vorzunehmen. Lloyd George wünscht nicht, daß die oberschlesische Frage den Weltfrieden bedrohe. Lloyd George verlangt, daß Polen den Vertrag mehr als jede andere Macht respektieren müsse, weil es die Gefallenen der Alliierten allein zustande gebracht hätten, daß Polen wiedererstand, nachdem die Hälfte seiner Bewohner gegen die Alliierten gekämpft hatte. Was Deutschland betreffe, so müssen die Alliierten, wenn man will, daß es seinen Verpflichtungen nachkomme, auf der Erfüllung des Versailler Vertrages bestehen. Lloyd George ist der Ansicht, daß die Alliierten in Oberschlesien Herren der Lage sind, und daß die alliierten Truppen imstande sein werden, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Diesen Standpunkt werde Großbritannien auch auf der Konferenz des Obersten Rates verteidigen müssen.

Die „peinliche Ueberraschung" in Rom.

Die voreiligen Versicherungen Berliner Blätter, Italien vertrete den Standpunkt der Unteilbarkeit Oberschlesiens, so daß Frankreich isoliert dastehe, hat peinliche Ueberraschung hervorgerufen. In Wirklichkeit wird Italien eine vermittelnde Linie vorschlagen. Die Linie de Marinis verbessert zwar die Sforzalinie zu Gunsten Deutschlands etwas, sie wird aber auch den polnischen Ansprüchen gerecht

* * *

Die Gefahr des 4. Polenputsches.

Die französisch-polnischen Vorbereitungen.

Der drohende vierte polnische Aufstand beunruhigt bereits alle Deutschen Oberschlesiens. Reisende berichten, man rate Allen, Oberschlesien schleunigst zu verlassen. Es gehen zwei Versionen um: Eine, daß der 9. August und die andere, daß der 15. August der Tag des Beginns des vierten Aufstandes werden solle. Es herrscht die Ruhe vor dem Sturme. Immer mehr zeigt es sich, daß die Franzosen in enger Gemeinschaft mit den Polen stehen. Das beweist auch das Weißbuch, das das deutsche Plebiszit-Kommissariat in Oberschlesien herausgegeben hat. Es wird angenommen, daß der neue Aufstand von Hindenburg ausgeht und daß der Besuch Leronds in dieser Gegend damit in Zusammenhang zu bringen ist. Als Basis für die Entwicklung des neuen polnischen Aufstandes wird der Kreis Rybnik angesehen, der jetzt schon vollständig in den Händen der Insurgenten ist. Wie die Franzosen mit den Polen zusammenarbeiten, geht auch daraus hervor, daß jenseits der Grenze polnische Truppen in französische Uniform umgekleidet werden. Anscheinend sollen sie so in Oberschlesien als Franzosen auftreten, damit der neue Aufstand durch sie vorbereitet und erleichtert wird.

Neue Beweise für französische Umtriebe.

Das Organ der vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, „Schwarzer Adler", veröffentlicht zwei interessante Dokumente. Das eine weist nach, daß die polnischen Aufständischen in Oberschlesien bei der dortigen Bevölkerung im Einvernehmen mit den französischen Kommandostellen Requisitionen vorgenommen haben. Das zweite Dokument bringt den Beweis, daß ein polnisches Insurgentengericht unter der Verwaltung von Generalkommandos fortbesteht. Der veröffentlichte Tagesbefehl des Generalgendarmeriekommandos betrifft Entlassungen und Bestrafungen. Die Duldung solcher Verbände auf oberschlesischem Boden durch die Entente oder vielmehr die in der interalliierten Kommission herrschenden Zustände spricht Bände.

Der 18. August in Oberschlesien.

Laut den getroffenen Bestimmungen soll Oberschlesiens Schicksal bis zum 18. August entschieden und das Land von den Besatzungstruppen frei sein. In Oberschlesien bereitet sich aus diesem Grunde eine Bewegung vor, die sich wahrscheinlich in Aufrufen gegen ein längeres Verweilen der Besatzungstruppen in Oberschlesien wenden wird.

* * *

Wirths Stimmungsmache für die Franzosen.

Beeinflussungsversuch der Langevin-Untersuchung.

Zu der Note Mastermanns, über die wir bereits berichteten, wird noch von amtlicher Seite erklärt: Tatsächlich fordert die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210808-16/fragment/page=0001

Note Genugtuung. Die Regierung ist bemüht, den Sachverhalt aufzuklären. Die Teilergebnisse der Untersuchung machen schon jetzt erkenntlich, daß die Darstellungen des Vorfalles in einem Teile der deutschen Presse stark zu Ungunsten des französischen Offiziers gefärbt sind . . .

Daß die Reichsregierung bemüht ist, den französischen Offizier, soweit sie dazu in der Lage ist, gegenüber der deutschen öffentlichen Meinung und den Darstellungen in Schutz zu nehmen, die von Augenzeugen stammen, ist an sich nicht erstaunlich. Aber man muß sich darüber wundern, daß die Reichsregierung schon während der schwebenden Untersuchung tendenziöse Mitteilungen macht, die nicht darnach angetan sind, der berechtigten Erregung der deutschen Oeffentlichkeit gerecht zu werden.

Dauernde Zahlungen.

Seitens der Reichsbank ist wieder ein Betrag von 18 Millionen Dollar an die Bank für England in Washington abgeführt worden. Es handelt sich um eine fortlaufende Zahlung auf das Konto der Reparationen. Diese Zahlungen werden in größeren Raten gemacht, damit bei dem Devisenaufkauf dr internationale Geldmarkt nicht so empfindlich berührt wird.

Um Amerikas Anteil an den Besatzungskosten.

„Chicago Tribune" meldet, daß der Kommandant der amerikanischen Truppen am Rhein, General Allan, in Paris eine Besprechung mit dem Botschafter Harvey wegen der amerikanischen Besatzungskosten haben wird. Die Reparationskommission hatte bekanntlich entschieden, daß hier ein Gegenstand sei, der lediglich zwischen Deutschland und Amerika ausgetragen werden müsse.

Deutscher Unternehmergeist.

Eine deutsche Studienkommission ist am Südwestgestade Spaniens auf der Suche nach geeignetem Gelände für einen Zeppelinhafen. Es wird ein großes Unternehmen zur Passagierbeförderung Spanien—Argentinien mit kaum viertägiger Fahrt geplant.

Das polnische Transitverbot für deutsche Waren nach Rußland.

Tschitscherin hat dem in Warschau eingetroffenen sowjetrussischen Gesandten Karachin den Auftrag gegeben, bei der polnischen Regierung gegen das von Polen erlassene Transitverbot für deutsche nach Rußland bestimmte Waren vorstellig zu werden.

Rußland will für eine Milliarde Industriewaren kaufen.

Die Sowjetregierung hat dem Chef der russischen Handelsvertretung in Berlin, Stomoniakow, den Auftrag gegeben, für eine Milliarde Industriewaren aufzukaufen, für die die russische Regierung im Austausch gegen Getreide in den getreidereichen Gouvernements eine größere Menge Getreide auf die Hungergegenden zu verteilen hofft.

* * *

Parlamentskrisis in Danzig.

Im Danziger Volkstag erklärten sich die bürgerlichen Parteien mit dem Vorgehen des Senats einverstanden, die Polen und die Linksparteien erklärten, daß sie im Falle der Ablehnung des mehrheitssozialistischen Antrages auf Haftentlassung sich an den Arbeiten des Parlaments nicht mehr beteiligen würden. Der Antrag auf Haftentlassung wurde mit 52 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Die sozialistischen Parteien brachten dann einen Antrag auf Auflösung des Parlaments und Neuwahlen zum 30. Oktober ein. Der Präsident des Volkstages gab die Absicht bekannt, sein Amt niederzulegen.

Der griechisch-türkische Krieg.

Kemal Paschas Widerstand.

Durch die Ratifizierung des russisch-türkischen Vertrages durch Moskau und die Entsendung von 25 Fliegern der Roten Armee zu den kemalistischen Truppen ermutigt, hat die Regierung von Angora offiziell erklärt, daß sie alle Friedensvorschläge der Griechen zurückweist, wenn diese nicht die völlige Autonomie Thraziens und Smyrnas enthalten. Berichte aus Kleinasien dementieren, daß Ismid und die Halbinsel Kedjalli von den Türken geräumt sein sollen.

Die kemalistische Regierung ist im Begriff, die Archive von Angora nach Cesarea zu verlegen, ebenso die Warenvorräte und Maschinen im Hinblick auf die Möglichkeit einer Räumung der Stadt.

Drohende Kabinettskrise in Spanien?

Die schmerzlichen Ereignisse in Marokko und die daraus erwachsenen inneren Schwierigkeiten können zu einer Kabinettskrise führen, die vielleicht durch den schlechten Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten Allendesalazar noch beschleunigt wird. Der König hat am Sonnabend drei Stunden mit Maura über die Lage beraten. Ein Wechsel im Kriegsministerium ist bestimmt zu erwarten.

Die Regierung hat einen Kredit von 135 Millionen Pesetas zur Deckung der Kosten der militärischen Expedition in Marokko beantragt.

Weitere Verschlechterung der Lage in Marokko.

Die letzten Berichte aus Melilla melden, daß die Lage sich noch verschlechtert hat. Das Kommando des Generals Sylvestre hat sich unter dem Befehl seines Nachfolgers, des Generals Navarro bei Nador ergeben müssen. Hierdurch wird für die 30 000 Riffkabylen der Weg nach Melilla frei. Melilla ist jetzt vollständig umkreist.

Die Zweideutigkeit der japanisch-amerikanischen Verhandlungen.

Japan hat in Washington einen Vorschlag bezüglich der Lösung der Yapfrage unterbreitet, welcher die Grundlage für eine endgültige Regelung derselben noch vor der Abrüstungskonferenz sein kann. Das Staatsdepartement erwog diesen Vorschlag vor einigen Tagen; irgend eine offizielle Mitteilung ist nicht erfolgt. Der „Frkft. Ztg." wird gemeldet: Die Verhandlungen über die Abrüstungskonferenz verlangsamen sich, weil Japan Garantien wegen China fordert, während gleichzeitig die Fachleute von Frankreich wiederum ein Bündnis wegen eines deutschen Angriffes anregen. Die Skepsis hinsichtlich unmittelbar greifbarer Ergebnisse ist im Zunehmen begriffen. Einem Telegramm aus Honolulu zufolge, ist man in japanischen Marinekreisen überrascht darüber, daß die Manöver der amerikanischen Flotte nicht abgebrochen werden, und daß der ursprüngliche Endtermin nicht eingehalten wird.

Englands Kampf um die Seeherschaft.

Die Debatte über das britische Flottenprogramm im Unterhaus, das den Marineetat in seinem ganzen Umfange genehmigte, bot mancherlei Einzelheiten, die auf den ungebrochenen Willen Englands zur Macht interessante Schlaglichter werfen. Es ist nicht die geringste Neigung in der englischen Regierung zu spüren, auf die Abrüstungskonferenz in der ehrlichen Absicht zu gehen, der Welt neue Rüstungen und damit neue Gefahren zu ersparen. Ueberlegene Stärke, das ist ihre einzige treibende Kraft, und alle anderen Fragen, mögen sie nun um Oberschlesien oder um Angora gehen, werden von ihr kühl bis ans Herz hinan ausgenutzt, um an der Spitze der Weltmächte sich zu behaupten.

Freilassung der gefangenen Iren.

Die englische Regierung hat in Gemäßheit ihres Versprechens nunmehr beschlossen, unverzüglich und bedingungslos alle Mitglieder des Sinnfeinerparlaments freizulassen, die gegenwärtig interniert sind oder in Gefängnissen sich befinden. Die einzige Ausnahme, ist Mac Keown ein überführter Mörder. Es verlautet, daß die irischen Führer auch auf seine Freilassung dringen.

Die Industriekrise in Italien.

Der italienische Industrieminister befragte die Fabrikanten, ob ihre Industrie durch die Lieferung von 300 deutschen Lokomotiven auf Reparationskonto geschädigt würde. Die Fabrikanten widersetzten sich der Lieferung von Fertigfabrikaten und verlangen, daß Deutschland Rohstoffe, insbesondere Gußeisen liefere. — Infolge schlechten Geschäftsganges haben die Ansoldawerke in Genua beschlossen, die Löhne auf die Hälfte herabzusetzen. Die Arbeiter widersetzten sich der Maßnahme.

Aus dem hungernden Rußland.

Die ersten Wellen der hungernden Bauern sind schon bis zum polnischen Korridor vorgedrungen und überschwemmen Wileika, Swencianu, Oschmajany und sogar Wilna. Die polnische Regierung verfügt nicht über die nötigen Machtmittel, um den Strom der Hungernden abzudämmen. Die Ortsbevölkerung (meist sind es Russen) hat großes Mitgefühl für die Hungrigen und hilft ihnen, die Grenze unbemerkt zu passieren.

Rußland hat die amerikanischen Gefangenen freigelassen.

Das Staatsdepartement in Washington hat eine Note Tschitscherins erhalten, wonach alle amerikanischen Gefangenen in Rußland freigelassen worden seien.

Der Mörder Tiszas verhaftet.

Der Mörder des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza, der frühere Offizier Csermyak, wurde heute in Hamburg ermittelt und und verhaftet. Der politische Verbrecher war in einer Automobilwerkstätte beschäftigt und führte eine umfangreiche Korrespondenz mit Wien und Budapest.

Das Gesetz über die Beamtenvertretungen.

Der vom Reichsrat angenommene Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikel 130 Abs. 3 der Reichsverfassung sieht Beamten-Ausschüsse — nicht Beamtenräte — vor. Damit ist erfreulicherweise jede, wenn auch nur äußere Anlehnung an russische Vorbilder vermieden. Es sind vorgesehen: Orts-Beamten-Ausschüsse bei den Dienst-Vorgesetzten unterster Instanz und Haupt-Beamten-Ausschüsse bei den Dienst-Vorgesetzten höchster Instanz. Des Weiteren können bei den Dienst-Vorgesetzten mittlerer Instanz Bezirks-Beamten-Ausschüsse eingerichtet werden. Das Preußische Staatsministerium beabsichtigt nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten Stegerwald von der Errichtung von Bezirks-Beamten-Ausschüssen abzusehen. Die Orts-Beamten-Ausschüsse sollen in der Regel aus drei bis neun Mitgliedern bestehen, je nach der Größe der Behörde, bei weniger als zwanzig Beamten tritt an die Stelle des Ausschusses ein Vertrauensmann. Die Bezirks-Beamten-Ausschüsse sollen in der Regel aus fünf bis elf Personen und die Haupt-Beamten-Ausschüsse aus sechs bis sechzehn Personen bestehen. Für ganz große Beamtenkörper kann ausnahmsweise diese Zahl erhöht werden. Die Ausschüsse werden von den mindestens zwanzig Jahr alten Beamten in geheimer, unmittelbarer Wahl, nach dem System der Verhältniswahl gewählt. Wählbar sind für die Orts- und Bezirks-Beamten-Ausschüsse die mindestens 24jährigen, für die Haupt-Ausschüsse die mindestens 30jährigen Wahlberechtigten.

Der Entwurf sieht die Gruppenwahl vor. Die ganze Beamtenschaft wird nach der Besoldungsordnung in drei Gruppen geteilt. Die unterste Gruppe umfaßt die Besoldungsgruppen 1—4, die mittlere die Gruppen 5—9, und die oberste Gruppe die Gehaltsgruppen über 9. Jede Gruppe wählt ihre Mitglieder für sich in geheimer und unmittelbarer Wahl, und zwar nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

Der Entwurf gibt in sechs Paragraphen den Beamten-Ausschüssen eine Reihe von Befugnissen teils gutachtlicher, teils mitwirkender Art, auch haben sie zu vermitteln und anzuregen.

Die Beamten-Ausschüsse haben das Recht der Mitwirkung:

1. bei der Aufstellung von allgemeinen Vorschriften, durch welche der Dienstvorgesetzte den Betrieb der Dienststelle regelt, soweit hierdurch die persönlichen Verhältnisse der Beamten brührt werden,
2. bei Aufstellung der Dienststundenpläne,
3. bei Aufstellung von Grundsätzen für die Regelung von Vertretungen,
4. bei Aufstellung des jährlichen Urlaubsplanes,
5. bei Gewährung von außerordentlichen Vergütungen,
6. bei Schaffung und Verwaltung von Einrichtungen, die der körperlichen oder geistigen Wohlfahrt der Beamten dienen,
7. bei der Ernennung von Vertrauensärzten,
8. bei Wiedereinstellung strafweise Entlassener,
9. bei Unfalluntersuchungen,

ferner auf Antrag des beteiligten Beamten:

10. bei Versetzung in den Ruhestand,
11. bei Entlassungen,
12. bei Urlaubsverweigerungen,
13. bei Unterstützungsgesuchen,
14. bei Ueberweisung erkrankter Beamter an Aerzte,
15. bei Verteilung und Feststellung der Beschaffenheit der Dienstwohnungen,
16. bei Verteilung von Mietwohnungen, über die die Dienststelle zu verfügen hat,
17. bei Verteilung von Dienst- und Pachtländereien.

Bei einer Differenz zwischen dem Ausschuß und dem Vorgesetzten entscheidet nach gutachtlicher Anhörung des höheren Beamten-Ausschusses oder höhere Vorgesetzte und in letzter Instanz der höchste Dienstvorgesetzte. Die von einem Teil der Beamtenschaft verlangten Schlichtungs-Ausschüsse für den endgültigen Entscheid hat der Entwurf nicht eingeführt, weil man keine Instanz einfügen wollte, die nicht, wie die Minister dem Parlament, verantwortlich ist, denn hierin würde, wie der Referent hervorhob, eine Durchbrechung des ersten Prinzips liegen, auf dem die Verfassung der Republik beruht und beruhen muß, des Prinzips der parlamentarischen Verantwortung ihrer höchsten Leiter.

Innerhalb der allgemeinen Zuständigkeitsgrenzen gilt der Grundsatz, daß die Orts-Beamten-Ausschüsse sich nur zu beschäftigen haben mit örtlichen Dienstverhältnissen, die Bezirks-Ausschüsse nur mit Verhältnissen, die auf den Bezirk sich beziehen und die Haupt-Ausschüsse mit den über die Grenzen des Bezirks hinausreichenden Angelegenheiten.

Im übrigen enthält die Vorlage die besonders für Bayern wichtige Vorschrift, daß die Befugnisse der Berufsorganisationen und der Beamtenkammern, wo solche bestehen oder noch begründet werden, durch das Gesetz nicht berührt werden. Diese Vorschrift schafft freie Bahn für die Errichtung der von der Deutschnationalen Beamtenschaft geforderten Beamtenkammern.

Die Vorlage des Reichsrats ist unzweifelhaft in manchen Punkten verbesserungsfähig. So wird z. B. der Schutz gegen Maßregelungen wegen der im Beamten-Ausschuß gefallenen Aeußerungen zu erweitern sein. Im großen und ganzen aber erscheint sie als eine geeignete Grundlage für die der Beamtenschaft nötige Vertretung bei den Dienstvorgesetzten unter Aufrechterhaltung der bewährten Grundlagen des Berufsbeamtentums. Bei einer entsprechenden Durcharbeitung kann von ihr erhofft werden, daß sie das vertrauensvolle Zusammenarbeiten zwischen Beamtenkörper und Verwaltungschef fördern, die Rechte der Beamtenschaft wahren, die Dienstfreudigkeit heben und die Beamtenschaft so befähigen wird, im Dienste des Vaterlandes ihr Höchstes mit Freuden herzugeben. Um so weniger wird sie denen gefallen, die den marxistischen Klassenkampf in die Beamtenschaft hineintragen und so auch die letzte Säule der staatlichen Ordnung zermürben wollen, um auf den Trümmern des Staates ihre schrankenlose Alleinherrschaft aufzurichten. Die Beamtenschaft wird gut tun, diesen Gesichtspunkt gegenüber der von radikaler Seite zu erwartenden lärmenden Kritik nicht aus den Augen zu verlieren.

Aus Stadt und Umgebung

„Kaiserplatz 3, eine Treppe" Operette.

* Vor nur sehr schwach besetztem Haus ging gestern Abend im hiesigen Tivoli-Theater eine letzte Wiederholung der oben genannten Operette von Leo Schottlaender über die Bretter. Die Operette, die wir bereits bei ihrer Erstaufführung einer eingehenden Würdigung unterzogen haben, wurde auch gestern wieder sehr flott heruntergespielt, nur schien man leider durch die schwache Besetzung im Zuschauerraum sich bewogen gefühlt zu haben, nicht unerhebliche Streichungen vorzunehmen. Trotzdem blieb der Abend für das Publikum recht unterhaltend, zumal sich die für Emmy Jakob und Kurt Zelliger nötig gemachten Aenderungen in der Besetzung dem Rahmen des Ganz genau einfügten. Das kleine Orchester gab sich alle erdenkliche Mühe, den freilich nicht allzu hohen Anforderungen gerecht zu werden, und die einzelnen nicht unebenen Melodien der Operette wußten doch so zu gefallen, daß man sogar einmal eine Wiederholung herausapplaudierte.

Der Landjäger Karl Vogler

verschied am Sonntag plötzlich an den Folgen einer Operation. Durch sein kameradschaftliches Verhalten hatte er sich die Achtung seiner Vorgesetzten und Kameraden erworben. Auch wir wollen nicht verfehlen, an dieser Stelle seiner Familie unser herzlichstes Beileid auszusprechen.

Quäkerspeisung.

* Mit Ferienschluß erreicht auch die Ferienspeisung ihr Ende. Es haben hieran die Hälfte der sonst gespeisten Kinder, also etwa 300 teilgenommen. Die Kinder sind durchweg regelmäßig gekommen, und haben die in so vorzüglicher Güte gereichten Speisen mit größtem Appetit verzehrt. Die gemeinsame Speisung fand tägl. morgens 10 Uhr in der Turnhalle der Volksschule II in der Wilhelmstraße statt. Einige der Lehrer der Mittelschule, der Volksschule II, einige Seminaristen und Damen des Vaterl. Frauenvereins hatten sich freundlichst bereit erklärt, die Beaufsichtigung zu übernehmen, und ihnen ist es zum großen Teil mit zu danken, daß die Durchführung der Ferienspeisung ermöglicht wurde.

Von Dienstag den 9. ab erfolgt die Speisung nun wieder in den einzelnen Schulen. Es wird dort allerdings viel enttäuschte Gesichter geben, denn nur die Kinder, welche in den Ferien an der Speisung teilgenommen haben, werden jetzt weiter gespeist. Das städt. Wohlfahrtsamt hat diese Anweisung von der Distriksleitung aus Leipzig erhalten. Am 27. August soll die Speisung dann überhaupt eingestellt werden, um auf Grund erneuter ärztlicher Untersuchung und Auswahl nach den Herbstferien, also am 13. Oktober mit Dauer bis April 1922 wieder zu beginnen. Im Interesse einer rationellen Verwendung der Lebensmittel und für die Wirksamkeit einer langen ununterbrochen durchgeführten Kur wird es nicht für zweckdienlich gehalten, wenn die bis zu den Ferien gespeisten Kinder mit Schulanfang für die kurze Dauer von 3 Wochen noch wieder eingestellt werden.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hält morgen seine Monatsversammlung im Gasthaus „Halber Mond" ab.

Amerikanische Liebesgaben.

* Das großartige Hilfswerk unserer deutschen Stammesverwandten und Freunde in Amerika zu Gunsten der notleidenden Bevölkerung Deutschlands hat durch das Zentralkomitee für Linderung der Not in Deutschland und Deutschösterreich (Central Relief Committeo) schon viel Elend gelindert und ungezählte Herzen zu Dank verpflichtet. Neuerdings sind in Merseburg durch Vermittlung des Deutschen Roten Kreuzes als amerikanische Liebesspenden 10 Kisten Milch verteilt worden an das Kinderheim, Clobicauerstr. 48—54.

Zwei Unglücksfälle

ereigneten sich hier am Sonnabend. Vormittags wurde das kleine Mädchen des Barbierherrn Wenzel von dem radfahrenden Schüler B. in der Bahnhofstraße überfahren. Beide stürzten und erlitten glücklicherweise nur leichte Verletzungen. Das Kind kam mit einigen Kopfbeulen und dem Schrecken davon. Die Schuld an diesem Unfall ist dem Schüler beizumessen, der, die Hände gekreuzt, die Bahnhofstraße herabfuhr und daher nicht schnell genug ausweichen konnte.

Gegen 4 Uhr nachmittags überfuhr in der Oberen Burgstraße ein junger Mann, namens Hedler aus Rischwitz ein kleines Mädchen des Bäckermeisters Zinsly. In diesem Falle erlitt das Kind mehrere Abschürfungen, doch dürite es sonst wohl glücklich davongekommen sein. Wie Augenzeugen bestätigen, lief das Kind in das Rad. Der Radfahrer gab sich größte Mühe und konnte den Unfall nicht verhüten. Auch meldete er sich sogleich bei den Eltern des Kindes. Aus diesen beiden Unglücksfällen ist die Lehre zu ziehen, kleine Kinder niemals unbeaufsichtigt auf der Straße zu belassen.

Angehörige des 3. Zuges der ehemaligen Stadtwehr

hatten sich am Sonnabend im Gasthof zum halben Mond zu einer Besprechung über die Verteilung der noch vorhandenen Gelder des Zuges zusammengefunden. Die Rechnungslegung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210808-16/fragment/page=0002

ertrag nach Abzug der notwendig gewesenen Ausgaben noch einen Bestand von 708 M. Es wurde beschlossen, diesen Betrag für wohltätige Zwecke zu stiften. Davon soll das Waisenhaus 354 M, der Kinderfestfonds 177 und notleidenden Oberschlesier 177 M erhalten.

Verteilungsplan

für die Aufbringung der Getreideumlage aus der Ernte für 1921/22 für die Provinz Sachsen in Doppelzentnern.

Regierungsbezirk Merseburg.

h Bitterfeld 72 787 — Delitzsch 175 364 — Eckartsberga 81 268 — Eisleben Stadt 1553 — Halle Stadt 7519 — Liebenwerda — 42 080 — Mansfelder Gebirgskreis 44 829 — Mansfelder Seekreis 134 582 — Versorgungsverband Merseburg 127 710 — Naumburg Land 23 366 — Naumburg Stadt 1514 — Querfurt 145 578 — Saalkreis 107 319 — Sangerhausen 81 542 — Schweinitz-Herzberg 53 108 — Torgau 87 992 — Versorgungsverband Weißenfels 134 191 — Wittenberg 58 029 — Versorgungsverband Zeitz 60 293 — zusammen 1 440 624.

Im Regierungsbezirk Erfurt beträgt die Umlage 242 075, im Regierungsbezirk Magdeburg 1 374 949 Doppelzentner.

Die Hauptgeschäftsleitung der Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier zu Breslau

hat der Ortsgruppe Merseburg folgendes Schreiben übersandt.

Wir bestätigen den Empfang der für die Oberschlesierhilfe gesandten Lebensmittel und zwar 1 Sack Kartoffeln, Speck und Wurst und sprechen Ihnen für Ihre Sammeltätigkeit, sowie den frdl. Spendern im Namen unserer hart bedrängten oberschlesischen Landsleute unseren verbindlichsten Dank aus.

Weitere Spenden für unsere notleidenden Landsleute werden vom hiesigen Verbande entgegengenommen.

Frauen als Kaufmann- und Gewerberichter.

* Wie die „Neue Frauenzeitung“ meldet, hat die Regierung die Absicht geäußert, falls das Arbeitsgerichtsgesetz (das die völlige Gleichstellung von Männern und Frauen vorsieht), nicht bald zur Vorlage gelangt, einen Entwurf zur Abänderung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte einzubringen, der zu dem bereits bestehenden aktiven Wahlrecht der Frauen auch das passive Wahlrecht gewährt.

Die Rückerstattung zuviel erhobener Steuerbeträge.

* Die deutschnationalen Abgeordneten Dallmer und Rüffer hatten im preußischen Landtage eine kleine Anfrage eingebracht, ob die Staatsregierung bereit sei, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß die 1920 infolge Aenderung der Gesetzgebung zuviel in Abzug gebrachten Steuerbeträge bei Arbeitern, Beamten und Angestellten möglichst bald zurückvergütet werden. — Der Reichsfinanzminister hat daraufhin die Finanzämter angewiesen, ausnahmsweise in den Fällen, in denen es sich um besonders bedürftige, in Not befindliche Steuerpflichtige handele und sich aus der verzögerten Rückzahlung der zuviel einbehaltenen Beträge besonders schwere Härten ergäben. Auf Antrag des Steuerpflichtigen dessen Veranlagung vorweg durchzuführen, soweit dies ohne nennenswerte Verzögerung der übrigen Veranlagung möglich sei.

Brüchige Ehen.

* Die Zahl der Ehescheidungen ist im Deutschen Reiche von 1903 mit 9933 bis 1913 auf 17 835 angewachsen, auf je 100 000 Einwohner von 16,9 auf 26,6. Im Krieg ging di Zahl auf 16,3 zurück, stieg aber schon 1918 auf 20,6 und 1919 auf 36,2, fast doppelt soviel wie 1903 bis 1905. 1919 war die Zahl der Ehescheidungen am größten in Hamburg mit 138,4, dann in Berlin mit 118,9. Es folgt Bremen mit 90,0. Im weiten Abstande folgen Sachsen mit 38,9, Braunschweig 35,8, Preußen 35,4, Baden 32,6, Bayern 31,2, Mecklenburg-Schwerin 30,9, Württemberg 24,0 und Oldenburg mit nur 20,7. Ein trauriges Zeichen, diese Ehen, die häufig schon bei der Schließung unter dem Zeichen des „Wer wird denn weinen“ stehen.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Zunahme der Felddiebstähle.

** Meuschau, 8. August. Die Felddiebstähle häufen sich hierorts immer mehr. Dieser Tage konnte eine ältere Frau vom Besitzer beim Kartoffelstehlen gestellt werden, auch eine andere Frau von hier wurde beim Gurkenabnehmen überrascht. Verschiedenen Landwirten sind Kartoffeln und Rüben entwendet, ohne daß es gelang, der Diebe habhaft zu werden.

Verkauf des Sadtguts Löbejün.

** Löbejün, 8. August. Die Zuckerfabrik Glauzig A.-G. kaufte das 600 Morgen große Stadtgut für 2¼ Million Mark. (Also doch wieder Geld in der Kasse! Red.)

Die Wasserversorgung Halles gesichert.

** Halle, 8. August. Die Wasserversorgung unserer Stadt ist gesichert, trotz des großen Wasserverbrauchs infolge der anhaltenden Trockenheit. Die getroffenen Einrichtungen im Wasserwerk geben die Gewähr, daß ein Wassermangel nicht eintreten wird.

Ein Siechenheim für Schwerkriegsbeschädigte.

** Halle, 8. August. Die Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte in der Provinz Sachsen beabsichtigt, wenn sich das Bedürfnis dazu erweist, ein Siechenheim für Schwerkriegsbeschädigte zu schaffen, in das besonders Kranke kommen können, die z. B. wegen Rückenmarksverletzungen dauernder geschulter Pflege bedürfen. Aber auch aus sonstigen Gründen Gelähmte, Nieren- und schwer Zuckerkranke, Herzkranke, Rheumatiker und dergl. würden Aufnahme finden, wenn sie für längere Zeit erwerbsunfähig sind und in ihren jetzigen Verhältnissen nicht die nötige Pflege finden. Ansteckende Krankheiten, Geisteskranke, Epilepsie, Hysterie und ähnliche Nervenleiden schließen die Aufnahme aus. Schwersieche, die noch nicht durch die amtliche Fürsorgestelle oder durch ihre Beschädigtenorganisationen aufgefordert worden sind, ihre Wünsche zu äußern, ob sie etwa in ein solches Heim aufgenommen zu werden wünschen, können ihre Ansicht der Halleschen Kriegsbeschädigtenfürsorge, Neue Promenade 3, mitteilen.

Aus Provinz und Reich

Kirchenfest der Provinzialtaubstummenanstalt.

** Weißenfels, 8. August. Das diesjährige Kirchenfest der erwachsenen Taubstummen findet bei der hiesigen Anstalt Sonntag, den 14. August statt. Fahrtausweise sind von dem Taubstummenanstaltsdirektor Brohmer zu verlangen

Letzte Depeschen

Die ersten Meldungen von der Pariser Konferenz

Die entscheidenden Sitzungen beginnen am Dienstag

Lloyd George hatte gestern abend dem Ministerpräsidenten Briand zum Essen nach dem Hotel Crillon eingeladen. Nach dem Essen unterhielten sich die beiden Ministerpräsidenten ziemlich lange unter vier Augen. Heute vormittag wird keine Sitzung des Obersten Rates stattfinden. In Anbetracht der späten Ankunft des italienischen Ministerpräsidenten Bonomi wird die Sitzung, die im Ministerium des Aeußern stattfinden wird, erst

um 3 Uhr nachmittags beginnen.

Während des Vormittags wird sich Lloyd George mit den englischen Sachverständigen besprechen, die an den Arbeiten des mit der Vorprüfung der oberschlesischen Frage beauftragten Ausschusses beteiligt waren.

Paris, 8. August. Wie der „Petit Parisien“ glaubt, wird in der heutigen Sitzung des Obersten Rates beantragt werden, die militärischen Sachverständigen über die Lage in Oberschlesien zu vernehmen. Es werden jedenfalls gehört werden: General Lerond, Sir Harald Stuart, General de Marini und Marschall Foch. Es ist wahrscheinlich, daß die heutige Tagung des Obersten Rates nur den Auseinandersetzungen der verschiedenen Wortführer der einzelnen Delegierten gewidmet sein und daß erst morgen in die eigentliche Diskussion eingetreten wird.

Die italienische Presse für ein ungeteiltes deutsches Oberschlesien.

Rom, 8. August. (Eig. Drahtber.) Auch die Sonntagsblätter behandeln die Oberschlesische Frage im prodeutschen Sinne. Sie betonen die geschichtliche, politische, geographische und wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens. Ohne Frage sei insbesondere die Industrie eine rein deutsche Organisation, die die Polen selbst mit Franzosenhilfe nicht fortführen können. Der Ruin derselben werde verhängnisvoll für ganz Europa werden.

Die Stellung Belgiens zur oberschlesischen Frage.

Paris, 8. Aug. Ueber die Haltung Belgiens bemerkt der Brüsseler Korrespondent des „Temps“, wenn Belgien zu der Teilnahme an den Beratungen über Oberschlesien zugelassen worden wäre, so wäre es keineswegs sicher gewesen, daß die These der englischen Delegierten bei Belgien auf irgendwelchen Widerstand gestoßen wäre. Gewisse politische Kreise, insbesondere die sozialistischen Minister n Belgen pflichteten rückhaltlos dem englischen Standpunkt in der oberschlesischen Frage bei.

Zuerst die Entscheidung über die Grenzziehung?

Paris, 8. August. In englischen Kreisen besteht die Meinung, daß die Frage der Truppenverstärkungen für Oberschlesien nicht in erster Stelle besprochen werden wird. Man könne nützlicherweise diese Frage erst besprechen, nachdem man sich über die deutsch-polnische Grenze geeinigt habe.

Reuter meldet, daß der Oberste Rat auch die Lage im Orient erörtern wird, vor allem natürlich, soweit es sich um den Krieg zwischen Griechenland und der Türkei handelt. Griechenland werde neue Forderungen stellen, indem es als Begründung die Opfer anführt, die es erst letzthin habe tragen müssen.

Kündigung des englisch-irischen Waffenstillstandes?

London, 8. August. (Eig. Drahtber.) Der Beschluß der Regierung, alle verhafteten Mitglieder des Sinnfeiner Parlaments mit Ausnahme von Mack Klown freizulassen, hat in Irland eine ernste Lage geschaffen. Es wird aus zuverlässiger Quelle gemeldet, wenn Klown nicht freigelassen wird, der Waffenstillstand unmittelbar gekündigt wird.

Raubmord im Harz.

† Schierke, 7. Aug. Am Sonnabend früh ist im Forst bei Braunlage ein Raubmord verübt worden. Waldarbeiter fanden die Leiche eines Mannes mitten auf dem Fahrweg, der von Braunlage nach Schierke führt. Der Ermordete ist ein Mann im Alter von etwa 35—40 Jahren, wies zwei tödliche Schüsse auf und war vollständig ausgeraubt worden. Die Polizei nahm einen etwa 20jährigen Kaufmann aus Lebe fest, der des Mordes dringend verdächtig ist. Dieser Kaufmann hielt sich seit fünf Wochen hier auf und war vollständig mittellos. Es wurde bei ihm die Uhr des Ermordeten vorgefunden. Der Verhaftete leugnet hartnäckig, der Täter zu sein.

Felddiebe an den Pranger.

† Gardelegen, 8. August. Ein wirksames Mittel gegen Felddiebe wendet augenblicklich die Stadt Gardelegen an. Die Diebe werden an den Pranger gestellt, in dem ihre Namen in den Zeitungen veröffentlicht werden. Diese Maßnahmen werden ihre Wirkung gewiß nicht verfehlen.

Elsässer-Kundgebung auf der Wartburg.

† Eisenach, 8. August. Eine tausenköpfige Schar von Vertriebenen aus Elsaß-Lothringen füllte am Sonntagvormittag den Hof der Wartburg. Festlich leuchteten zwischen den Alltagsgewändern elsässische Trachten auf. Umrahmt von musikalischen Darbietungen, sprach eine Reihe von hervorragenden, aus Elsaß vertriebenen Deutschen, zu der mächtigen Versammlung, unter ihnen Pfarrer Nitsch, dann vor allem der frühere Oberbürgermeister von Straßburg, der jetzige Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, Dr. Schwander-Kassel, der mit beredten Worten die Schönheit der verlorenen Heimat pries und auf die Enttäuschungen hinwies, die die Vertriebenen in Deutschland erlitten haben. Stürmisch bejubelt sprach Friedrich Lienhard-Weimar über die deutsche Treue und die deutsche Sehnsucht. Auch er gelobte, Treue zu halten zu dem Heimatlande und dem deutschen Vaterlande.

Ein Riesenwaldbrand in Böhmen.

† Zittau, 8. August. Ein furchtbarer Waldbrand, der an die großen Feuerkatastrophen der amerikanischen Urwälder erinnert, wütet in den großen Wäldern, die sich jenseits der böhmischen Grenze im Kummergebirge in der Nähe der Orte Niemes, Weißwasser und den Bösigen erstrecken.

Ein Alpendorf verschüttet.

† München, 8. August. Im Oetztal ist der Ort Sölden von einem schweren Unglück heimgesucht worden. Durch einen Wolkenbruch und durch die starke Gletscherschmelze hat der Rettenbach große Schutt- und Geröllmassen auf das Dorf geworfen. Viele Häuser sind bis über das Erdgeschoß verschüttet. Die beiden Gasthöfe, die von Fremden überfüllt waren, sind stark beschädigt worden. Das Elektrizitätswerk konnte nicht weiter arbeiten; der Ort ist ohne Licht. Die Höhe des Gerölls beträgt stellenweise 2 Meter.

Die Stadt Ruhla zahlungsunfähig.

† Ruhla, 8. August. Neben Löbejün, dessen Konkursanmeldung unlängst durch die Blätter ging, steht nunmehr auch eine thüringische Stadtgemeinde vor ihrem finanziellen Zusammenbruch. Die erst vor einem halben Jahre dem Eisenacher Bezirk vollständig zugesprochene Stadtgemeinde Ruhla, bekannt durch ihre Uhren- und Meerschaumindustrie, ist in großen Geldnöten. Wie der Bürgermeister in der letzten Sitzung des Gemeinderats mitteilte, ist die Stadtkasse nicht imstande, in der nächsten Woche irgendwelche Löhne und Gehälter auszuzahlen. Eine Bank, welche bisher Vorschüsse gegeben hat, erklärte, nicht mehr in der Lage zu sein, der Stadt fernerhin Kredit zu geben.

Wieder ein Dorfbrand.

† Karlsruhe, 6. August. Ein Brand vernichtete in dem badischen Dorfe Zaisenhausen vierzehn Baulichkeiten, darunter sieben mit Erntevorräten. Der Schaden wird auf über 1½ Million Mark geschätzt.

Amerikanischer Industriespion abgeurteilt.

† Frankenthal, 8. August. Der amerikanische Chemiker Dr. Vanstone erhielt wegen versuchter Bestechung eines Chemikers der Badischen Anilin- und Sodafabriken in Ludwigshafen vier Monate Gefängnis.

Schweres Schiffsunglück.

† San Francisko, 7. Aug. Der Personendampfer „Alaska“ ist auf der Höhe von Eureka (Kalifornien) gesunken. Zwei volle Boote mit Ueberlebenden wurden von einem hilfeleistenden Dampfer aufgenommen. Es ist noch nicht bekannt, wieviel Menschenleben zu beklagen sind. Es befanden sich über 200 Fahrgäste an Bord.

Kunst und Wissenschaft

Ein englisches Werk über Moltke. In einer bei Constabls in London erscheinenden Schriftenserie „Schöpfer des 19. Jahrhunderts“ hat soeben der britische Oberstleutnant F. E. Whitton ein Werk über Moltke veröffentlicht, dessen Gestalt er in den Rahmen der preußischen Geschichte des 19. Jahrhunderts hineinzeichnet. Der Verfasser gibt ein ansprechendes Bild von dem Leben des großen Schlachtenlenkers, dessen strategischer und wissenschaftlicher Bedeutung er gerecht wird und dessen feine Persönlichkeit gut zum Ausdruck kommt.

Ein deutsch-chinesischer Kulturverband in Peking. In der chinesischen Reichshauptstadt Peking ist zu einem deutsch-chinesischen Kulturverbande der Grund gelegt worden, der privatim eine Zentrale für den Austausch deutscher und chinesischer Kulturinteressen und Kulturwerte im weitesten Sinne werden soll unter Ausschluß jeglicher Politik. Seine praktische Tätigkeit ist zunächst eine mehr vorbereitende, sammelnde und vermittelnde, daher wird ein regelmäßiger Beitrag nicht erhoben. Mitglieder des Verbandes können diejenigen werden, von denen mit einiger Gewißheit in erster Linie eine Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und China zu erwarten ist, d. h. 1. alle akademisch gebildeten Deutschen und Chinesen, 2. alle in China lebenden Deutschen und in Deutschland lebenden Chinesen für die Dauer ihres Aufenthaltes, 3. alle, die von einem der in 1 und 2 bezeichneten Mitglieder eingeführt werden, mit Vorbehalt widerruflicher Zustimmung des Vorstandes, an dessen Spitze stets ein deutscher und ein chinesischer Akademiker stehen müssen. Meldungen und Mitteilungen aus Deutschland sind zu richten an den deutschen Vorsitzenden, Universitätsprofessor Dr. Waldemar Oehlke, Peking, China, Ta Fang Chia Hutung 27. Eine Benachrichtigung über die Aufnahme in die Mitgliederliste ist nur in Ausnahmefällen zu erwarten.

Das neue große Werk Sven Hedins über Süd-Tibet, dessen Vollendung in diesem Jahre zu erwarten ist, wird über den früher geplanten Umfang hinauswachsen. An Textbänden folgen noch ein vierter, über das Karakorumgebiet und eine Uebersicht der ganzen Reise, ein sechster mit meteorologischen und astronomischen Beobachtungen, ein siebenter mit der Entdeckungsgeschichte des Karakorum und einer allgemeinen Uebersicht. Dann ein achter über den Tsungling und die Kenntnisse des Chinesen von der Geographie Mittelasiens und Tibets von Dr. Albert Herrmann und ein neunter über die Pamir-Reisen 1895—95 mit Klaproths Uebersetzung einer chinesischen Beschreibung von Tibet. Dazu kommen noch zwei Bände Atlas.

Der Internationale Tuberkulose-Kongreß. Die zweite Versammlung der Internationalen Vereinigung gegen Tuberkulose hat vor kurzem in Westminster in England stattgefunden. Die erste Sitzung dieser Vereinigung, die eine Nachkriegsgründung ist, fand im vorigen Jahr in Paris statt. Vor dem Kriege hatte die Internationale Vereinigung gegen Tuberkulose ihr Hauptquartier in Berlin, und die Sitzungen wurden alljährlich, ein Kongreß alle drei Jahre dort abgehalten. Nunmehr steht Deutschland außerhalb dieses Menschheitsbundes, obwohl der englische Minister Lord Curzon in seiner Eröffnungsrede betonte, daß Menschenfreundlichkeit und Wissenschaft keine Grenzen kennen und daß alle Völker in dieser Aufgabe zusammenarbeiten müssen. Es waren über 100 Abgeordnete von 39 verschiedenen Ländern anwesend. Nach Mitteilungen anderer Delegierter ist die Todesziffer durch Tuberkulose in Frankreich sehr groß. Allein im Kriege starben 68 000 französische Soldaten an dieser Krankheit. Besonders furchtbar wütet auch die Tuberkulose in Spanien und Rußland. Eine der schwersten Gefahren wird durch die überall herrschende Wohnungsnot heraufbeschworen, da man festgestellt hat, daß die Todesziffer durch Tuberkulose in demselben Maße wächst, wie sich der Luftraum verringert, der in den Wohnungen auf den Einzelnen kommt.

Verantwortliche Redaktion: Politik, örtl. und prov. Teil: Dr. Hahlo. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: H. Baltz. Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210808-16/fragment/page=0003

H. Taitza, Gegründet 1881

Neu aufgenommen: **Damenhüte**

Modernisieren
Aenderungen
Modelle

Herren — Damen — Kinderkonfektion — Manufakturwaren.

Ihre heute in aller Stille vollzogene

Vermählung

geben hierdurch bekannt

Fritz Elkner und Frau
Grete, geb. Pagenhardt.

Merseburg, den 8. August 1921.

Gewerkschaftsbund d. Angestellten (G. D. A.)
Ortsgruppe Merseburg.
Dienstag, den 9. Aug. 1921, abends 8 Uhr:
Monatsversammlung
im Gasthaus Halb. Mond.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Montenr, 35 Jahre, nicht unvermögend, sucht auf diesem Wege Damenbekanntschaft im gleichen Alter zw. Heirat. Off. u. O. J. 212 an d. Exp.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

Schuhwaren

Durable Sachen Erstkl. Qualitäten
Allergrößte Auswahl
Unerreichbar billig im Preis.
Es findet jeder etwas passendes.

Rich. Schmidt jun., Seitenbeutel Nr. 3—5.

Besichtigung ohne Kaufzwang.

Zu Beginn der am **Mittwoch, den 10. d. Mts., vormittags 1/2 10 Uhr,** in der „Funkenburg", hier, stattfindenden

Möbel-Versteigerung

werde ich in einer Streitsache, für Rechnung wen es angeht,

einen 12jährigen, braunen

dänischen Wallach

öffentlich meistbietend gegen bar versteigern.

Albert Franke,
beeid. Auktionator u. Taxator in Merseburg.

Nervenschwäche, nervöse Störungen jeder Art.
Ausführliche ärztliche Broschüre kostenfrei.
Dr. Gebhard & Co., Berlin 35, Potsdamer Str. 104.

Nachruf!

Am 7. August d. Js. starb plötzlich infolge eines inneren Leidens nach einer Operation in der Universitätsklinik zu Halle a. d. S. Herr Landjäger

Karl Vogler

Standort Neu-Rössen, im Alter von 36 Jahren.

Der Verstorbene hat es verstanden, durch seinen Diensteifer und sein bescheidenes, stets hilfsbereites echt kameradschaftliches Verhalten, sich die Liebe und Achtung bei Vorgesetzten, Kameraden und Bezirkseingesessenen zu erwerben. Wir betrauern in dem Verstorbenen nicht nur einen durchaus pflichttreuen Beamten, sondern auch einen eifrigen Förderer unserer Vereinsbestrebungen.

Die Kameradschaft ging ihm über alles.

„Ehre seinem Andenken!"

Die 4. Landjägerbrigade und der Provinzverein Sachsen.
von Kries. Kobbe.

Achtung! Achtung!
Fassen Sie Ihr Glück!

Große Wohlfahrts-Geld-Lotterie

Zu Gunsten der Auslandsdeutschen

1 Million Mark.

Ziehung 18. — 24. August 1921

Hauptgewinn	**100 000**	**Mk.**
„ „	**80 000**	„
„ „	**70 000**	„
„ „	**60 000**	„
„ „	**50 000**	„ usw.

Lose zum amtlichen Preis von **6 Mk.**; für Porto und Liste **1,50 Mk.** — 10 Lose gut sortiert **60 Mk.** versendet

Lotterie-Bank Otto Schlender
Hamburg 22, Weidestr. 77.

Kinderwagen-Reifen

jeder Größe werden schnell aufgetitiert bei

Gustav Engel Söhne,
Tel. **203.**

Ein hierher versetzter höherer Beamter wünscht zum 1. September ein

möbliert. Zimmer

u. möglichst bald eine

Familienwohnung

von 6—7 Zimmern zu mieten, ferner auch ein Stück Garten zu pachten. Angeb. unt. **A. D.** a. d. Geschäftsstelle dieses Blattes.

Druck-Sachen
— jeder Art —
und Ausführung
liefert
preiswert und sauber
Merseburger Tageblatt
Hälterstraße 4.
Tel. 100

Möbliertes Zimmer
sofort gesucht. Offert. u. „M. Z. 362" an die Expedition dieses Blattes.

Möbliertes Zimmer
sofort gesucht. Offert. u. L. S. 358 an d. Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer
von besserem Herrn sofort gesucht. Off. unt. E. K. 367 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Solider, älterer Herr sucht **möbliertes Zimmer.** Offert. unt. Z. H. 418 an die Exped. d. Blattes.

Frdl. möbliertes Zimmer
von jungem Lehrer per 15. 8. gesucht. Offert. u. J. J. 422 an die Exp. d. Bl.

Suche 2 möbl. Zimmer
Off. u. P. A. 613 a. d. Exped.

Einfach möbl. Zimmer
sofort oder später gesucht. Off. u. R. A. 365 an d. Exp.

Beamter
sucht möbliertes Zimmer.
Off. u. Z. G. 232 an d. Exp.

Jung. Kaufm. s. p. bald möbl. Zimmer Off. u. T. D. 617 a. d. Exp. d. Blattes.

Kirchliche Nachrichten

Dom. **Beerdigt:** Korbmacher Otto Rudolf. —

Stadt. **Getauft:** Horst, S. d. Schichtm. Eckardt. — Horst, S. d. Schriftsetzers Schumann. — Gerhard, S. d. Tischlers Beisk. — Liselotte, T. des Prokurist Zinsly. — Herbert, ein unehel. Sohn. —

Getraut: Der Kaufm. K. Bielling mit Frau H geb. Wolf. — Der Schneid. G. Genzel mit Frau L. M geb. Förster. —

Beerdigt: Die Tocht. des Heizers Loose. — Das Kind Margarete Ingber

Altenburg. **Getauft:** Gerhard, S. d. Straßenbahnschaffners Hertel. — **Beerdigt:** Der Maurer Heinrich Kretzschmar. —

Neumarkt. **Getauft:** Ilse, T. d. Arbeiter Hamel. **Getraut:** Der Förster Friedrich Wünscher m. Fr. Margarete geb. Zinsly. — **Beerdigt:** Der Sohn d. Arbeiters Janeck (von Werder). — Der Sohn des Arbeiters Wieprecht. —

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Elsa Grimm, Schkeuditz, mit Albert Stenzel, Zweimen. - Anny Winkler mit August Haßfürther, Mücheln. — Ros'l Kosok, Neumühle-Bobias mit Architekt Rudolph Kriehmigen, Halle a. S. — Gertrud Werner m. Ernst Wolf, Naumburg. - Marie Rüdiger mit Otto Hufung, Bad Kösen a. S. und Nordhausen. —

Vermählt: H. Reichenbach, dipl. Kaufm., Markranstedt m. Sophie Biener, Freigut Schotteren. — Fritz Hirschfeld m Nanny Hahn, Naumburg. — Walter Knoch m. Marthel Meier, Naumburg. — Kurt Zimmermann mit Ida Schwantitz, Flemmingen.

Gestorben: Fr. Amalie Zweiling geb. Thieme, Braunsdorf. — Erika, 6 Mon., T. v Wilh. Weiland, Weißenfels. — Hel. Meyer geb. Penigstorf, Naumburg. — Stellmacherm Gustav Schmidt, 65 J., Naumburg. — Marie Eörsam, geb. Hünger, Naumburg. — Rottenführer Max Ritter, Bad Kösen. Landw. Gustav Günther, 38 J., Pödelitz. —

Institut Boltz Jimenau Chir. Einj.-Abitur.

Atelier-Eröffnung
für moderne
elegante Damen-Maßschneiderei.
Käthe Keller,
Steinstrasse 9,
Eingang Laden.
Prompte Bedienung
Beste Maßanfertigung.

Suche Laden
mit Nebenraum. Offert. unt. R. R. 226 an d. Exp.

15000 Mk.
als mündelsichere Hypoth. sofort gesucht. Offert. unt. St. K. 211 an die Exp. d. Bl.

Suche ein
Darlehn von 3000 M.
gegen monatl. Rückzahlg. Off. u. E. A 219 an d. Exp.

Stung!
Mehrere Millionen flüssige Kapitalien
sind in Form v. stillen od. tätigen Beteiligungen groß Darlehen nur geg. entspr. Sicherheit, Bau- u. Betriebsgelder sowie
auf Hypotheken
60—70 % der Schätzung in klein. u. groß. Beträgen sofort an reelle Kapitalsuchende abzugeb. Komme in nächster Zeit selbst nach Merseburg und besuche Jedermann kostenlos.
Angebote sind zu richten unter M. B. 458 an die Exped. dieses Blattes.

Gebr. Bethmann
Werkstätten
für Wohnungskunst
Halle a. d. S.
Große Steinstraße 79-80.
Behagliche Wohnzimmer.

---

5 Arbeits-Pferde zu verkaufen.
Ammoniakwerk Merseburg.

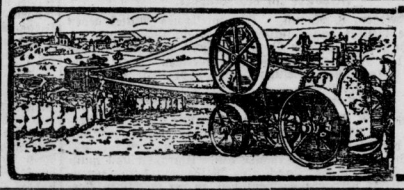
Großer
Wachthund
zu verkaufen.
Zu erfragen
Huths Baumschule.

Drellanzüge
Militär-Manchester-Pilot-schwarze Tuchgestreifte und Barschen-
Hosen
nur an Händler und Wiederverkäufer billig abzugeben. Bauchhosen nach Bestellung. Sonnabend geschlossen.
J. Coleman, Leipzig
Uferstr. 13

Geld leiht Selbstgeb. reell. Leuten kostenlos
Schneeweiß, Berlin N.
Elsasserstraße 71.

---

3 unverlässige Zeitungsausträger
sofort gesucht.
Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).



Treibriemen für Dreschmaschinen
und alle anderen Antriebe
in Leder, Baumwolle, Kamelhaar usw. Verpackungen für Lokomobilen. Oele, Fette, Tran.
Billige Gelegenheitsposten in Riemen.
Max Reschke, Halle (Saale)
Fernruf 5860. 82762 Magdeburgerstraße 55.

Elektro-Drehstrommotore
Plätten, Koch- und Heizapparate sowie alle Bedarfsartikel und Beleuchtungskörper zu :: konkurrenzlos billigen Preisen ::
Wiederverkäufer erhalten hohe Rabatte

Günther Liebmann
Entenplan 6
Markt 20
Telephon 360

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210808-16/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 183 des Merseburger Tageblattes

Montag, den 8. August 1921

Die neuen ungeheuren Steuerlasten.

Die Folgen der Ultimatums-Annahme. — 15 Gesetzentwürfe des Reichsfinanzministeriums.

Die Beratung des Reichskabinetts über die neuen Steuern ist zu einem gewissen Abschluß gekommen. Ueber die gesamten Steuerpläne des Reichsfinanzministeriums kann folgender Ueberblick gegeben werden. Es liegen

folgende Gesetzentwürfe

vor:

1. Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Zuckersteuergesetzes — Erhöhung der Zuckersteuer von 15 auf 100 *M* für 100 Kilogramm.
2. Entwurf eines Süßstoffgesetzes.
3. Entwurf eines Gesetzes über das Branntweinmonopol — Erhöhung der Hektolitereinnahme von 800 auf mindestens 4000 *M* unter gleichzeitiger völliger Umarbeitung und Vereinfachung des Gesetzes.
4. Entwurf eines Gesetzes auf Erhöhung einzelner Verbrauchsteuern: a) Erhöhung der Leuchtmittelsteuersätze auf das Vierfache; b) Verdoppelung der Zündwarensteuer und der Mineralwassersteuer; c) Erhöhung der Biersteuer auf das Vierfache, unter gleichzeitiger Erweiterung der Spannung zwischen dem höchsten — 50 *M* — und dem niedrigsten Steuersatz — 41 *M* —; d) Beseitigung der Ermäßigung der Tabaksteuersätze — § 86 des Tabaksteuergesetzes —, unter gleichzeitiger Umgestaltung der obersten Steuerklasse für feingeschnittenen Rauchtabak, Pfeifentabak, Kau- und Schnupftabak.
5. Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung von Zöllen — Erhöhung der Zollsätze für Bananen, Datteln, Kaffee, Tee, Gewürze, Kakao und Schokolade sowie für eine Reihe von Waren, die für den allgemeinen Verbrauch nicht wesentlich sind oder nur dem Luxus dienen.
6. Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Kohlensteuergesetzes. Erhöhung der Kohlensteuer auf 30 v. H. des Wertes unter gleichzeitiger Ermächtigung des Reichsministers der Finanzen die Steuer vorübergehend auf 25 v. H. zu ermäßigen.
7. Entwurf eines Rennwettgesetzes — Zulassung von Wettrennwetten.
8. Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes wesentliche Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer unter Einbeziehung der Lastkraftwagen.
9. Entwurf eines Versicherungssteuergesetzes. Die erweiterte im Reichsstempelgesetz vorgesehenen niedrigen Steuersätze sollen erhöht und die Steuerbefreiung eingeschränkt werden. Der Steuersatz soll für Feuerversicherungen auf unbewegliche Gegenstände 15 v. H., auf bewegliche Gegenstände 40 v. H. für 1000 *M* betragen unter entsprechender Berücksichtigung für Hagelversicherungen, Lebensversicherungen und v. H. der Prämie
10. Entwurf eines Gesetzes auf Abänderung des Umsatzsteuergesetzes — Verdoppelung der Umsatzsteuer unter gleichzeitiger Einschränkung der Befreiungsvorschriften bei der Ein- und Ausfuhr, wobei jedoch den Bedürfnissen des Ausfuhrhandels Rechnung getragen werden soll. Möglichkeit der Vereinfachung der Luxussteuer. Erhöhte Umsatzsteuer für Luxusgaststätten, mit Zuschlagsrecht der Gemeinden. Der bisherige Beteiligungssatz der Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer soll unverändert bleiben.
11. Entwurf eines Gesetzes auf Aenderung des Körperschaftssteuergesetzes. Die Körperschaftssteuer soll bei den Erwerbsgesellschaften 30 v. H. des gesamten steuerbaren Einkommens betragen. Die bisherigen steuerlichen Begünstigungen der Schachtelgesellschaften sollen abgeschwächt, die Erhöhung der Körperschaftssteuer durch eine Milderung der Besteuerung des Dividendeneinkommens in der Hand der Besitzer teilweise ausgeglichen werden.
12. Entwurf eines Kapitalverkehrssteuergesetzes. — Unter vollständiger Umgestaltung des Reichsstempelgesetzes, aus dem die Besteuerung der Rennwetten, Versicherungen und Kraftfahrzeuge in besondere Gesetze übernommen worden ist, sollen die der Kapitalbildung dienenden Vorgänge in dem Kapitalverkehrssteuergesetz zusammen besonders behandelt werden. Hierunter fallen Begründung von Gesellschaften, bei denen die Beteiligung auf Kapitaleinlagen beschränkt ist. Hierbei ist insbesondere die Besteuerung der Aktiengesellschaften mit 7 v. H. zu erwähnen. Das System der Börsensteuer soll unter Vornahme von beträchtlicher Vereinfachung belassen werden, jedoch unter Erhöhung der Sätze für Dividendenpapiere, insbesondere Aktien. Die Steuer soll hierfür für Kundengeschäfte auf 6 v. H. erhöht, jedoch beweglich gestellt werden, damit sie sich jeweils der wirtschaftlichen Lage anpassen kann. Weiter ist die Möglichkeit der Besteuerung des Devisenhandels geschaffen. Die letztere Maßnahme soll aber erst Platz greifen, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse für angezeigt erscheinen lassen. Die Börsenumsatzsteuer soll auch die Gewährung von Bezugsrechten ergreifen. Endlich enthält das Gesetz eine Gewerbeanschaffungssteuer, die gelegt wird auf Erwerbe von ganzen Geschäftsunternehmungen und Sondervermögen und eine Ergänzung der Umsatzsteuer bildet.
13. Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes. Das Reichsnotopfer muß der fortschreitenden Entwertung der Mark und der Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, dem es nach seiner Anlage nicht Rechnung tragen konnte, angepaßt werden. In erster Linie entbehrt das Festhalten an einem bestimmten Stichtag, der nicht nur über die Steuerpflicht, sondern auch über den Vermögensstand und die Bewertung des Vermögens entscheidet, bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Gestaltung, die jeder Schwankung der Mark folgt, der sachlichen Berechtigung. Bei dem Reichsnotopfer werden Vermehrungen des Vermögens und Veränderungen, die nach dem 31. Dezember 1919 eingetreten sind, grundsätzlich nicht, Verminderungen nur im engen Rahmen berücksichtigt. Neu gebildete Vermögen werden von ihm nicht erfaßt. Die Ablösung des Reichsnotopfers, das auf der Grundlage einer besseren Mark errechnet worden ist, kann mit der schlechteren vorgenommen werden. Es läßt nämlich gerade diejenigen im weiten Umfang unberücksichtigt, die im wahren Sinne des Wortes Nutznießer der Geldentwertung geworden sind. Es stellt aber weiter deshalb eine unzulängliche Erfassung des tragfähigen Vermögens dar, weil die gegebenen Bewertungsvorschriften unter dem Grundsatze einer besonderen Schonung der Sachwerte stehen. Eine Berücksichtigung der Sachwerte gegenüber dem reinen Kapitalsvermögen erscheint unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr vertretbar. Während das Kapitalvermögen sich bei gleichbleibendem Nennbetrage wirtschaftlich mit der sinkenden Kaufkraft der Mark vermindert, blieben Gewerbebetriebe und Grundbesitz im wesentlichen von der Geldentwertung verschont. Deshalb schlägt der Entwurf einen sachgemäßen Ausbau des Reichsnotopfergedankens vor. Und zwar in der Weise, daß zwar der nach Gesetz über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers bezeichnete Teil erhoben, im übrigen aber an die Stelle des Restbetrages des Reichsnotopfers eine

laufende Vermögenssteuer mit einem zeitlich begrenzten Zuschlag

treten soll. Hierbei ist in Aussicht genommen, den festen Stichtag aufzugeben und damit alle neugebildeten Vermögen zu erfassen, die Steuer in Zeitabschnitten von etwa 3 zu 3 Jahren oder auch in kürzeren Zeitabschnitten zu veranlagen und damit Wertsteigerungen und Wertminderungen Rechnung zu tragen, schließlich aber das Vermögen unter anderen wirtschaftlichen und rechtlichen Gesichtspunkten zu bewerten und damit die schwer empfundene Ungleichmäßigkeit der geltenden Regelung auszugleichen. Die laufende Vermögenssteuer soll von 0,05 bis 1 vom Hundert aufsteigen und bei nicht physischen Personen 1½ vom Tausend betragen. Hierzu soll auf die Dauer von 15 Jahren ein Zuschlag treten, der für physische Personen 300 vom Hundert, für nicht physische Personen 150 vom Hundert der Vermögenssteuer beträgt. Jede Begünstigung des verbrauchenden Vermögens soll beseitigt und dadurch der Druck auf das Betriebs- und Grundvermögen vermehrt werden. Die Belastung durch die Vermögenssteuer und den Zuschlag wird in vielen Fällen einen Eingriff in die Vermögenssubstanz unvermeidlich machen. Der Entwurf will aber jeden Zwang zu unwirtschaftlicher Abgabe von Teilen der Substanz vermeiden, es vielmehr der eigenen wirtschaftlichen Entschließung überlassen, in welcher Weise der Steuerpflichtige die regelmäßig nicht aus seinen Einkünften tragbare Steuerlast abführen will. Zur Grundlage der Wertermittelung soll grundsätzlich der gemeine Wert, wie ihn die Reichsabgabenordnung umschrieben hat, gemacht werden. Da aber in einer Zeit ständiger Bewegung der Mark mit den herkömmlichen Mitteln der Wertberechnung nicht auszukommen ist, sollen für die Dauer des Zuschlages für alles Vermögen, das nicht wie das Kapitalvermögen der Abwärtsbewegung der Mark folgt, besondere der Geldwertbewegung angepaßte Bewertungsgrundsätze gelten. Diese Grundsätze sollen von dem Reichsminister der Finanzen nach Anhörung des Reichsrates sowie von berufenen Vertretern der verschiedenen Erwerbszweige sowie unter Beteiligung des Reichswirtschaftsrates mit bindender Kraft erlassen werden. Sie sollen dem Verstand der Mark Rechnung tragen und bei dem Betriebsvermögen, insbesondere auf Gewinn und Umsatz des Unternehmers Rücksicht nehmen. Dabei soll angeordnet werden können, daß der Wertberechnung feste Durchschnittssätze zugrundegelegt werden. Das Ziel der Bewertungsvorschriften soll und muß sein, die Sachwerte voll und ganz in entsprechender Weise zur Abgabe heranzuziehen. Zufolge Zahlungen über den beschleunigt zu entrichtenden Teil des Reichsnotopfers hinaus geleistet worden sind, sollen sie unter entsprechender Verzinsung auf die Vermögenssteuer angerechnet oder auf Antrag in den gleichen Zahlungsmitteln erstattet werden, in denen sie entrichtet worden sind.
14. Entwurf eines Vermögenszuwachssteuergesetzes. An die Stelle des geltenden Besitzsteuergesetzes soll im Anschluß an die unter Ziffer 13 erwähnte Vermögenssteuer eine Vermögenszuwachssteuer treten, bei der die Wertung des Vermögens nach den gleichen Grundsätzen wie bei der Vermögenssteuer erfolgen soll. Vermögen, die nicht mehr als 100 000 *M* betragen, und ein Zuwachs, der 25 000 nicht übersteigt, sollen von der Steuer frei bleiben. Der Steuersatz soll mit 1 vom Hundert für die ersten 100 000 *M* beginnen und bei Zuwachsbeträgen über 6 Millionen Mark den Höchstsatz von 10 v. H. erreichen.
15. Entwurf eines Gesetzes über die Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Die Entwertung der Mark seit dem Jahre 1919 hat auf der einen Seite manchen Vermögen nur einen Bruchteil ihrer früheren Kaufkraft gelassen, auf der anderen Seite riesenhafte Gewinne geschaffen, riesenhaft selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, daß es sich nicht um wertvolle Goldmark, sondern um entwertete Papiermark handelt. Diese Gewinne müssen zur Versteuerung herangezogen werden. Trotz des Bedenkens, daß hierdurch eine verstärkte Steuerkapitalflucht oder eine sinnlose Verschwendungssucht oder sonstige unproduktive Wirtschaftsführung herbeigeführt werden kann, sollen in erster Linie die großen Gewinne, die in direkter oder indirekter Nachwirkung des Krieges gemacht worden sind, zur Steuer herangezogen werden. Dabei muß ebenso wie bei den Kriegsgewinnen von einer Bagatellsbestimmung der Nachkriegsgewinne abgesehen werden und die Besteuerung unter Schonung des mäßigen Zuwachses in der Nachkriegszeit entstandenen Vermögenszuwachs erfassen. Vermögen bis zu 200 000 *M* sollen von der Abgabe befreit werden, ebenso ein Zuwachs von nicht mehr als 100 000 *M*. Die Steuersätze sollen sich zwischen 5 und 30 vom Hundert bewegen und die Bewertung soll bei dem Kapitalvermögen und dem umlaufenden Betriebskapital nach dem gemeinen Wert, das Grundvermögen und das stehende Betriebskapital nach dem gemeinen Wert, das Grundvermögen und das stehende Betriebskapital dagegen nach Wahl des Steuerpflichtigen mit dem gemeinen Werte oder mit den Gestehungskosten angesetzt werden.

Die unter Ziffer 1—3 bezeichneten Entwürfe liegen dem Reichstag bereits vor; die übrigen Entwürfe sind entweder bereits dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat vorgelegt oder werden diesen Körperschaften in den nächsten Tagen vorgelegt werden. Die vorstehend unter Nummer 8, 11, 12, 13, 14, 15 aufgeführten Entwürfe wollen die Belastung des Besitzes soweit als irgend möglich weiter ausbauen; zieht man weiter noch in Betracht, daß der Besitz auch noch von den Ertrag-

Unter falscher Flagge.

Roman von M. Withe.

(Nachdruck verboten.)

„Nun?"

„Wie ich dich ansah, dachte ich daran, daß du in jedem Zuge dem Bilde gleichst, das mir vor zweiundzwanzig Jahren mein Spiegel zeigte. Wenn ich in Wahrheit nur einen kleinen Teil der Vorzüge besäße, die du mir nachrühmst, dann müßte ich wohl wünschen, daß du mir in deinem Innern ebenso ähnlich wärst wie in meiner äußeren Erscheinung."

Gerda schien nur die ersten Worte aufgefangen zu haben.

„Wenn du noch vor zwanzig Jahren so jung ausgesehen hast wie ich heute, Mama, — muß einem dann nicht das Herz weh tun, wenn man dich heute anschaut? Ach, es ist wohl dumm und ungeschickt, was ich da rede! Aber an Tagen, wo ich mich in solcher Stimmung befinde wie eben jetzt, kann ich nun mal aus meinem Herzen keine Mördergrube machen. Und habe ich denn nicht Grund genug, mich bitterlich zu beklagen? Daß du eine edle und verehrungswürdige Frau, eine wirkliche Dame bist, kann doch für keinen Menschen zweifelhaft sein, der dich kennen lernt, und ich wüßte nicht, daß man Angela oder mir das Geringste nachjagen dürfte. Trotzdem gehen uns die Leute hier aus dem Wege, als ob wir mit einer ansteckenden Krankheit behaftet wären! Keinem fällt es ein, uns einen Besuch zu machen. Und wir — warum gehen wir zu niemandem? Warum lassen wir uns niemals an den Orten blicken, wo sich die Leute zusammenfinden? Oh, und das ist noch nicht alles! Ich bin nicht so kurzsichtig, daß es mir nicht hätte auffallen müssen, wie sonderbar mich die Menschen ansehen, ganz anders, als sie andere anzusehen pflegen. Wenn Papa im Gefängnis gesessen hätte, es könnte wahrhaftig auch nicht schlimmer und beschämender für mich sein!"

„Dein Vater hat niemals in einem Gefängnis gesessen, Kind."

Sie hatte sich den Anschein geben wollen, als nähme sie Gerdes letzte Worte von der scherzhaften Seite. Aber die Tochter ging nicht darauf ein, sondern es hatte einen bitter ernsten Ausdruck, da sie fortfuhr:

„Nun, was weiß ich! Vielleicht hat er es nur mit dem Aermel gestreift, wie man zu sagen pflegt. Vielleicht ist er zu klug gewesen, sich fassen zu lassen, wenn er irgendwelche dunklen Geschäfte machte, um seine Reichtümer zusammenzuscharren. Haben wir denn eine Ahnung von dem, was er tut und treibt?"

„Nun aber ist es wirklich genug, meine liebe Gerda! Du würdest mich sonst zwingen, ernstlich böse zu werden. Hat man je etwas so Unkindliches und so Törichtes aus dem Munde eines jungen Mädchens gehört?"

„Ich bitte um Verzeihung, Mama, wenn ich dich gekränkt habe! Aber es ist doch ganz offenkundig, daß ihr etwas vor mir verbergt, du und Angela. Wahrscheinlich habt ihr selber gar keine Ahnung davon, wie niedergeschlagen und todestraurig ihr zuweilen aussehet! Daß Angela etwas Schreckliches weiß, ist für mich außer allem Zweifel. Und ich sehe nicht ein, warum ich keinen Anteil haben soll an eurem Kummer. Ich bin doch kein kleines Kind mehr! Ich bin heute zwanzig Jahre alt! Und wenn ich damals auch erst siebzehn zählte, so habe ich doch noch keineswegs vergessen, was sich seinerzeit mit Angela und dem Oberleutnant Ristow ereignete."

In sichtlicher Bestürzung blickte Frau Volkhardt auf.

„Angela hat dir also gesagt — oder sie hat dir eine Andeutung gemacht — —?"

„Nein — sie hat es leider nicht getan! Sie hält mich wohl noch für zu einfältig, als daß sie sich versucht fühlen könnte, mir ihr Vertrauen zu schenken! Aber ihr könntet euch doch in meiner Beurteilung irren! Wenn man beständig unter einem solchen Druck lebt wie ich, wenn man immer die Empfindung hat, daß eine Unheilswolke über einem schwebt, dann wird man vielleicht früher reif als andere, glücklichere Mädchen. Jedenfalls habe ich nie einen glücklicheren Menschen gesehen, als es Angela an jenem Abend war, wo sie mir von ihrer bevorstehenden Verheiratung mit dem Oberleutnant von Ristow erzählte. Sie wollten in dem Erlenschlößchen leben, wie sie sagte, und sie malte sich ihre Zukunft so herrlich aus, in so rosigen, leuchtenden Farben! Und dann — ich war im Salon an jenem Abend, wo Ristow die Unterredung mit Papa hatte. Nie werde ich sein Gesicht vergessen! Er sah aus wie einer, dem man soeben sein Todesurteil verkündet hat. Und auch Angela war so weiß wie ein Linnentuch, als sie mir später erzählte, daß alles nur ein großer Irrtum gewesen sei, und daß sie den Gedanken, sich mit Ristow zu verheiraten, nach reiflicher Ueberlegung wieder aufgegeben habe. Sie sagte, sie sei sehr froh, noch rechtzeitig zu der Erkenntnis von der Unmöglichkeit der Verbindung gekommen zu sein. Aber nachher, als sie mich wohl schon längst in tiefem Schlafe glaubte, weinte sie herzbrechend in ihr Kissen. So sage mir doch endlich, Mama, was sich hinter dem allem verbirgt!"

Frau Volkhardt hatte sich wieder über ihre Handarbeit herabgeneigt, an ihren Wimpern aber zitterten schwere Tränen. Da sie keine Antwort erhielt, forschte Gerda ungeduldig weiter:

„Sage mir doch wenigstens, wenn Ristow sich damals abscheulich benommen hat, warum er es getan!"

„Er hat sich durchaus nicht abscheulich benommen, mein Kind," erwiderte ihre Mutter mit gepreßter Stimme. „Wie die Dinge lagen, gab es wirklich keine andere Möglichkeit als die, das Verlöbnis zu lösen. Wenn ein Unrecht begangen worden ist, so fällt die Verantwortung einzig auf mich. Und ich werde niemals aufhören, es zu bereuen. Aber warum müssen wir durchaus von diesen Dingen sprechen, Gerda? Siehst du denn nicht, wie du mich damit quälst? Du könntest doch mit dem stillen und friedlichen Leben, das du führen darfst, ganz zufrieden sein! Auf dich fällt doch kein Schatten und — —"

„Kein Schatten?" wiederholte das junge Mädchen bitter. „Ach, Mama, seitdem ich gelernt habe, mit offenen Augen um mich zu schauen, bin ich die Empfindung noch nicht losgeworden, im tiefsten Schatten dahinzuwandeln. Aber wenn es dich quält, davon zu reden, muß ich wohl künftig versuchen, es still für mich zu tragen!"

Frau Volkhardt wäre nicht mehr dazu gekommen, ihr zu antworten, auch wenn sie die Absicht gehabt hätte; denn eben trat ein nett aussehendes Zimmermädchen in den Gartensalon, um ihrer Herrin auf silberner Platte ein Telegramm zu überreichen. Frau Volkhardt erbrach es, und nachdem sie gelesen, gab sie dem Mädchen einen Wink, sich zurückzuziehen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210808-16/fragment/page=0005

steuern der Länder und Gemeinden erfaßt wird, so ergibt sich, daß die Gesamtbelastung durch direkte Steuern im Gleichgewicht steht und dadurch dem Grundsatz einer ausgleichenden steuerlichen Gerechtigkeit Rechnung trägt. Ob und inwieweit es möglich ist, noch auf anderem Wege als dem der Besteuerung den Besitz zu den Lasten des Reiches heranzuziehen, unterliegt noch der eingehenden Prüfung des Kabinetts."

* * *

Diese Steuervorlagen, die vorläufig das Ergebnis der Beratungen der Regierung geworden sind, überraschen in keiner Weise, da sie die vom Reichsfinanzminister gemachten Mitteilungen bestätigen. Es zeigt sich, daß die Regierung tatsächlich

in keiner Hinsicht neue Wege

gegangen ist, sondern sich darauf beschränkt hat, bestehende Steuern zu erhöhen und auszubauen. Aber hier wird sie schon in den Parteien großen Widerstand finden. Die Regierung hat versucht, die indirekten Steuern mit den direkten gleichzustellen, was einmal bei den bürgerlichen Parteien die Opposition wecken muß, gegen die direkten, während die sozialdemokratischen Parteien einen Kampf gegen die indirekten Steuern aufnehmen werden. Von Bedeutung in dem ganzen Steuerprogramm ist die Lösung der vielumstrittenen Frage

der Erfassung der „Goldwerte".

Hier ist in der Regierung ein Kompromiß zustande gekommen. Man hat tatsächlich die sogenannte Zwangshypothek fallen gelassen, wie überhaupt die direkte Besitz- und Ertragsbeteiligung des Reiches an privaten Unternehmungen. Das Kompromiß weist auf den Weg einer laufenden, außerordentlich hohen Vermögensbesteuerung, die das Reichsnotopfer ersetzen soll. In der Regierung hat, wie bekannt und wie man aus diesem Kompromiß ersehen kann, sich also über die Zwangshypothek ein harter Kampf entsponnen. Während man sich schnell über die anderen Vorlagen verständigte, haben die Beratungen über die Zwangshypothek, die „Erfassung der Goldwerte", lange Tage in Anspruch genommen. Die hier von der Regierung gemachten Vorschläge sind so einschneidend und teilweise überraschend für alle Parteien, daß man sich hauptsächlich in der Debatte dieser Kompromiß-Steuer zuwenden wird. Damit ist das Steuerprogramm der Regierung aber noch nicht erschöpft. Sie hat noch [illegible] Vorschläge, die vom Finanzministerium augenblicklich bearbeitet werden, zu erledigen. Die Vorschläge der Regierung werden jetzt dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat zugehen. In der letzten Augustwoche wird der Parlaments-Steuerausschuß zusammentreten. Und der Reichstag wird sich sofort bei seinem Zusammentritt mit den Steuervorlagen beschäftigen.

Vorarbeiten der Sozialdemokraten.

In sozialdemokratischen Kreisen rechnet man mit aller Bestimmtheit, daß die Steuerberatungen eine Reichstagskrise bringen werden. Das ergibt sich schon daraus, daß sie jetzt im ganzen Lande eine eifrige Agitation betreiben und für die Auflösung des Reichstages Stimmung machen. Dabei gehen in dieser Agitation die Sozialdemokraten mit den Unabhängigen Hand in Hand, so daß man vielfach glaubt, zwischen beiden Parteien habe eine Verständigung stattgefunden.

Politische Rundschau

Verächtlicher als der gemeinste Franzose.

Der unabhängige Sozialdemokrat Crispien hat in Paris an einer Gedenkfeier für den im August 1914 ermordeten französischen Sozialistenführer Jaures teilnehmen und auch eine Rede halten dürfen. Diese Tatsache versetzt die Frankfurter Zeitung geradezu in Begeisterung. Das Auftreten Crispiens sei das „Bemerkenswerteste an der Feier" gewesen, der Vorgang beweise, daß es in Frankreich Leute gibt, die den Haß des Krieges [illegible]wunden haben".

Nach der [illegible]heit hat Crispien u. a. folgendes gesagt: „Die großen verantwortlichen Kriegsverbrecher sind mit Schimpf und Schande geflohen. Das, was der Krieg zerstört hat, das ungeheure Böse, das er getan hat, das habe ich, werte Genossen, noch gestern sehen können, als ich durch einen Teil Nordfrankreichs gefahren bin. Es ist nicht nur Frankreich, sondern es ist ganz Europa, es ist die gesamte Menschheit, die unter den schmerzenden Wunden leidet, die Ihrer prächtigen Heimat widerfahren sind. Seien Sie überzeugt, daß unser ganzes Mühen in Deutschland darin bestehen wird, das große Werk des Wiederaufbaues Wirklichkeit werden zu lassen."

Die „Kreuz-Zeitung" bindet sich Herrn Crispien gehörig vor: „Wir wüßten nicht, daß aus Paris, London und Brüssel auch nur ein einziger der großen verantwortlichen Kriegsverbrecher geflohen wäre, wir haben das ungeheure Böse, das der Krieg getan hat, zuerst in Ostpreußen gesehen und sehen es noch täglich am Rhein und in Oberschlesien. Aber Herr Crispien weiß davon nichts, weiß nichts von den furchtbaren Kriegsverbrechen französischer Truppen, nichts von den entsetzlichen Schandtaten schwarzer Franzosen gegen deutsche Frauen und Kinder. Dieser Crispien, der verrucht und schamlos genug ist, das deutsche Volk in den Schmutz zu treten und das französische zu umschmeicheln, nur um in Paris sprechen zu dürfen, schändet das Deutschtum. Er ist verächtlicher als der gemeinste Franzose."

Aus Stadt und Umgebung

Der 5. Lehrgang zur Ausbildung und Fortbildung von Jugendpflegern und Jugendpflegerinnen vom 12. Juli bis 5. August 1921.

* Rektor Mühlner-Helfta behandelte die Aufgabe: Büchereifragen. Er ging von der Bedeutung der öffentlichen Bücherei für unser Volk aus. Sie soll jung und alt mit Lesestoff versehen und dadurch zu einem guten Geschmack erziehen, um die unheimliche Wirkung der Schundliteratur einzudämmen. Im Anschluß daran sprach der Vortragende über das Wesen des rechten Büchereileiters, über die Büchereiformen, den Büchereiraum, das Buch in der Bücherei, die Katalogisierung, Gliederung des Bücherbestandes und die Erziehung durch die Bücherei. Sodann zeigte er am Beispiele der Bücherei im Herzog Christian, wie eine gut geleitete Bücherei eingerichtet sein muß, damit sie segensreich wirken kann. Vor allem versuchte er nachzuweisen, welche Verwaltungsformen auch die kleinste Bücherei unbedingt haben muß. Es nutzt nicht, eine Bücherei einzurichten und sie ihrem Schicksal zu überlassen. Wenn sie Leben wecken soll, muß sie erziehen und arbeiten.

Zur Einführung in das Gebiet empfahl der Vortragende folgende Hilfsmittel:

Zeitschriften:

Das literarische Echo. Verlag von Fleischel u. Co., Berlin. Das literarische Zentralblatt. Verlag von Avenarius, Leipzig. Die schöne Literatur. Ebenda (Beiblatt vom Liter. Zentralblatt, auch gesondert zu beziehen). Blätter für Volksbüchereien. Verlag von Harrassowitz, Leipzig. Der Bibliothekar. Im Selbstverlag von Gustav Hennig in Schloß Tinz bei Gera.

Führer durch die Literatur.

Wilhelm Bebe: Die ländliche Volksbücherei. Ein kritischer Wegweiser und zugleich ein unter [illegible] Mitwirkung bearbeiteter Führer durch die Heimatliteratur. 7. Auflage. Verlag von Trowitzsch und Sohn, Berlin. Derselbe, Die Jugendbücherei. Ein Wegweiser mit Werturteilen und Inhaltsangaben; derselbe Verlag. Die besten deutschen Romane. Zwölf Listen zur Auswahl. Mit einer geschichtlichen Einleitung: Welche Romane muß man als Deutscher [illegible]? von Adolf Bartels. 6. Auflage. Verlag von K. F. Koehler, Leipzig. Agnes Harder: Was sollen unsere jungen Mädchen lesen? Ein literarischer Führer Verlag von Edwin Runge, Berlin-Lichterfelde. Ludwig Sternaux: Bücher, die man kennen sollte. Derselbe Verlag. Ernst Drahn, Führer durch das Schrifttum des deutschen Sozialismus. 2. Auflage. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin. Ernst Heilbronn, Ernte. Jahrbuch der Halbmonatsschrift: Das literarische Echo. Verlag Fleischel u. Co., Berlin. 1. Band 1919. 2. Band 1920. Literarischer Ratgeber. Herausgegeben von Ferdinand Avenarius im Auftrag des Dürerbundes. Verlag D. G. W. Callway in München. Gute, billige Büchersammlungen. 85. Flugschrift des Dürerbundes. Derselbe Verl.

Literargeschichtliche Einführungen.

Hermann L. Köster. Geschichte der deutschen Jugend-Literatur in Monographien. 3. Auflage 1920. Verlag von Georg Westermann, Braunschweig. Mielke-Homann. Der deutsche Roman des 19. und 20. Jahrhunderts, 6. Auflage 1920. Verlag von Karl Reißner, Dresden. Dr. H. Bock und Dr. K. Weitzel. Der historische Roman als Begleiter der Weltgeschichte. Ein Führer durch das Gebiet der historischen Romane und Novellen. Lehrmeister-Bücherei Nr. 535—544. Verlag von Hachmeister und Thal, Leipzig.

Ratgeber für Büchereiarbeit.

E. Jäschke, Anleitung zur Verwaltung von Büchereien. Verlag von Göschen, Berlin-Leipzig. G. Hennig, 10 Jahr Bibliotheksarbeit. Selbstverlag. Schloß Tinz bei Gera.

Zum Kampf gegen die Schundliteratur.

Dr. Ernst Schultze. Die Schundliteratur. Verlag des Waisenhauses, Halle S.

Geheimer Regierungsrat Schwanert setzte die staatsbürgerlichen Vorträge über die Verfassungsurkunden des Deutschen Reiches und Preußens fort, wobei allerdings wegen der Kürze der Zeit nur die wichtigsten Punkte berührt werden konnten. Ausführlicher verbreitete sich der Vortragende über die geschichtliche Entstehung und das Wesen der Gewerkschaften, sowie über die einzelnen Gattungen der Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte). Aus den Lehren des Preußischen Verfassungsrechts wurde vor allem der Abschnitt über „Selbstverwaltung" besprochen und der in der Richtung einer sogenannten Provinzialautonomie geplanten Entwicklung gedacht.

Professor Bithorn hielt vier Vorträge über Lebenskunde im Jugendverein. In den ersten beiden Vorträgen wurde gezeigt, wie in Jugendv. im Anschluß an die Lehren des Apostels Paulus Lebenskunde getrieben werden kann und zwar unter Berücksichtigung des jugendlichen Standpunktes. Das erste Thema: Das menschliche Leben nach Paulus. (Stellung zu Gott, das kindliche Verhältnis) Mut, Sicherheit, Demut, die rechte Freudigkeit, die rechte Strebsamkeit, Mäßigkeit, Arbeitsamkeit usw.) Im 2. Vortrag wurde gezeigt, wie der Philipperbrief der Jugend nahe zu bringen ist. (Wie schreibt man einen Brief? Wie grüße ich? Wie danke ich? Wie stelle ich mich zu dem Schicksal? Wie werde ich weitherzig? Wie gewinne ich Lebensmut? Wie werde ich wahrhaft groß? Wie stärke ich mein Selbstverantwortlichkeitsgefühl?) Im dritten und vierten Vortrag wurde durch Auslegung kurzer inhaltsschwerer Worte (Ja und nein, ich und du, mein und dein, wenn und warum, zu früh, zu spät) gezeigt, wie die Jugend zu einer vertieften Lebensauffassung geführt werden kann.

Der Bezirksjugendpfleger sprach über die Organisation der Jugendpflege. Er legte ihre Grundgedanken, wie sie in den Ministerialerlassen zum Ausdruck kommen, dar. Es gibt keine staatliche Jugendpflege sondern nur eine staatl. unterstützte; die einzelnen Verbände und Jugendvereine behalten ihre Eigenart und Selbständigkeit. Voraussetzung des Zusammenschlusses und für die staatliche Unterstützung ist nur die ernst gemeinte Erziehungsarbeit auf körperlichem, geistigem oder sittlichem Gebiet. Ein gedeihlicher Zusammenschluß der Verbände und Vereine ist nur dann möglich, wenn der Geist der Sachlichkeit, der Achtung und des Wohlwollens den einzelnen beseelt. Durch den Zusammenschluß wird der einzelne eine innere Bereicherung erfahren, aus der Enge in die Weite geführt. Es werden die gemeinsamen Mittel und Wege erkannt und die praktischen Erfolge der zusammen arbeitenden Kräfte, die das erreichen, was dem einzelnen zu leisten nicht möglich war. Auch wird das öffentliche Interesse für die Jugendpflege durch eine glückliche Organisation geweckt. — Ueber die einzelnen Jugendpflegeverbände wurde dann berichtet und über die Stellung der organisierten Jugendpflege zu den Wohlfahrtsämtern.

Die Uebungen in den Zimmer- und Gesellschaftsspielen und Brettspielen wurden zu Ende geführt. Dienstag, den 2. August, besuchten die Teilnehmer das Provinzialmuseum in Halle. Die Führung hatte Professor Hahne übernommen. Mittwoch, den 3. August, veranstalteten sie im Goethetheater in Lauchstedt eine Schillerfeier.

Von den Schillerschen Sinnsprüchen wurden im Anfang jeden Tages behandelt: „Die zwei Tugendwege." — „Die idealistische Freiheit". — „Das Höchste". — „Aufgabe". — „Zeus zu Herakles". — „Güte und Größe". — „Der Schlüssel". — „Der Unwandelbare". Am letzten Tag wurden die Wünsche der Teilnehmer für weitere Ausgestaltung der Lehrgänge besprochen.

Es hatte sich unter den Teilnehmern das Gefühl der Zusammengehörigkeit gebildet. Im Herbste, so wurde beschlossen, soll eine Zusammenkunft in Halle während der Museumswoche sein.

Turnen, Spiel und Sport

H. Meißner mitteldeutscher Meister im 800 m-Lauf.

Auch sonstige beachtenswerte Erfolge unserer hiesigen Vertreter bei den Mitteldeutschen Meisterschaften.

Bei den gestern in Erfurt zum Austrag gekommenen Mitteldeutschen Meisterschaften war Merseburg in glänzender Weise durch Sportverein 99 vertreten. 99 konnte hervorragende Erfolge erzielen und somit wiederum den Beweis seiner hohen Befähigung auf leichtathletischem Gebiet erbringen.

Hans Meißner lief die 800 Meter in altgewohnter Frische und ergänzte sich zwar hart, schließlich aber sehr sicher den Titel Mitteldeutscher Meister in der hervorragenden Zeit von 2 Minuten 3,2 Sekunden, die bei dem stark herrschenden Wind um so beachtenswerter erscheint. Im 1500 Meterlauf belegte Kurt Apitzsch den 2. Platz, wenige Meter hinter dem zurzeit in glänzender Form befindlichen Lauterbach (Leipziger BC).

Selten haben wir einen gleich schönen Lauf gesehen. Durch energisch durchgeführten Endspurt konnte er den Abstand von ca. 25 Metern hinter Lauterbach und Otto derart verringern, daß er einige Meter hinter Lauterbach, Otto von Germania-Magdeburg überholend, als zweiter durchs Ziel gehen. Auch die drei mal 1000 Meterstaffel (Gebr. Weber und H. Meißner) erkämpfte sich die zweite Stelle im Lauf und mußte auch hier nur dank des überlegenen Könnens eines Lauterbach dem Leipziger Ballspielklub den Sieg überlassen. Der letzte Wechsel bringt LBC, SV 99 und Dresdener SC als Spitzentruppe zusammen. Die Führung übernimmt LBC. Lauterbach liegt an letzter Stelle. Lauterbach entscheidet das Rennen [illegible] einen 400 Meterspurt, kurz gefolgt von Sportverein 99.

Vereinsnachrichten.

Sportv. 99 (fr. Hohenzollern). Die wenigen am gestrigen Sonntag auf dem grünen Rasen beschäftigten Mannschaften der 99er konnten wieder glänzende Resultate erzielen bis auf die zweite Jugendelf, die, mit 9 Mann spielend, in Halle von Borussia 2. Jgd. eine 5:0 Abfuhr erleben mußte. Die zweite Mannschaft brachte es trotz großer Ritterlichkeit gegenüber der befreundeten Elf von Hannovern-Niedersachswerfen auf 6:1 (Halbz. 2:0). Die fünfte schlug VfL Lauchstedt überlegen mit 10:0 (beide Gegner nur mit 9 Mann). Recht beachtenswert erscheint der 4:1-Sieg der ersten Knabenmannschaft gegen Borussia Halle Knaben; in die vier Tore teilen sich G. Vollrath (2) sowie Krause und Wippert (je 1).

Sportklub Leo-Neumark. Die erste Mannschaft konnte die zweite Mannschaft von 1910 Halle mit 4:0 schlagen, ebenfalls konnte die zweite Mannschaft gegen die dritte Mannschaft von 1910 einen 3:1-Sieg herausholen.

Stockball (Hockey)

SV 99 I — Cöthen 02 I 4:0 Ligabefähigungsspiel

Einen neuen Beweis, ein beachtenswerter Gegner zu sein, erbrachte die erste Mannschaft des SV 99 mit ihrem gestrigen Siege. Trotzdem sie mit 5 Mann Ersatz — für den verletzten Torwächter Eckart mußte in letzter Minute auch noch Ersatz eingestellt werden — antrat, lieferte sie ein glänzendes Spiel. Die erste Hälfte des Spieles verlief torlos und stand im Zeichen des gegenseitigen Fühlens, bis dann 99 aufkam, jedoch nur 4 Ecken bezw. Strafecken erzielte, während Cöthen dem Hohenzollerntor nur sehr selten gefährlich werden konnte. Nach dem Wechsel zeigte der einheimische Sturm seine bekannte Schnelligkeit und konnte durch Oels, der zusammen mit Crosta den Sturm vortrefflich führte, 2 Tore vorlegen. Cöthen versucht durch schnelle Angriffe, die jedoch von der Verteidigung und dem Torwächter der 99er, der sein Tor vorzüglich bewachte, immer wieder zu Nichte gemacht werden, auszugleichen. Ein aus einer heiklen Situation vor dem Merseburgertor vom Verteidiger zur rechten Zeit weit vorgegebener Ball wird dann von Crosta abgefangen und in prächtigem Alleingang zum dritten Tor verwandelt. Durch eine gute Leistung erzielt derselbe Stürmer das vierte Tor, womit das Spiel endgültig gewonnen war. Eckenverhältnisse 10:2 für SV 99. Die 99er Mannschaft war in glänzender Form. Der Sturm verband, von den Läufern famos unterstützt, Schnelligkeit und Durchschlagskraft in mustergültiger Weise. Die Verteidigung im Verein mit dem Torwächter klärte selbst die schwierigsten Momente und gab damit der Mannschaft die unentbehrliche Sicherheit. Die taktisch und technisch bessere Mannschaft hat den verdienten Sieg errungen, und so hegen wir die berechtigte Hoffnung, daß sie ihr Ziel, in die Liga zu kommen, erreichen wird.

Die Hockey-Abteilung SV 99 hält heute Abend 8 Uhr im Kasino ihre Hauptversammlung ab.

Wie wir hören, hat der hiesige VfL seine Stockballmannschaft von den Befähigungsspielen zurückgezogen, da durch die starke Inanspruchnahme der Leichtathleten eine starke Elf nicht mehr gewährleistet werden kann. Da auch der ASC Cöthen und 96 Halle ihre Meldungen rückgängig gemacht haben, kämpfen z. Z. nur noch acht Vereine um die drei Ligaplätze.

Klubregatta der M. R. G.

Bei dem üblichen guten Wetter fand gestern am Bootshaus unter den Klängen einer flotten Musik — auch Verpflegung und Bedienung ließen nichts zu wünschen übrig — die diesjährige Klubregatta der Merseburger Rudergesellschaft statt. Die sportlichen Leistungen waren sehr erfreulich; sie zeugten von einem guten Training und großem Eifer der Sportsleute. Die zahlreichen Gäste folgten den Rennen mit größtem Interesse, besonders einige spannende Endspurts erweckten die regste Anteilnahme des Publikums. Den Löwenanteil an den Preisen, die hochherzige Gönner dem Vereine in reichem Maße gestiftet hatten, nahm wiederum Herr Strebl aus der Hand der Frau Ersten Bürgermeister entgegen. In nicht weniger als 4 Rennen (Renn-Vierer, Zweier ohne Steuermann, Renn-Einer und Gig-Achter) ging er als Sieger hervor. 3 Preise errang Herr Bogatsch, 2 brachten heim die Herren Liefke, Fritz, Franke und Velez. Nachdem der Vorsitzende, Herr Schmidt, die Sieger beglückwünscht und die Unterlegenen zu neuer sportlicher Arbeit angespornt hatte, folgte eine gemütliche Nachfeier im Bootshaus, die, durch ein glänzendes Feuerwerk verschönt, die Sportsleute und ihre Gäste bis in die späten Abendstunden vereinte.

„Corsar" Sieger im Großen Berliner Jagdrennen.

Im Großen Berliner Jagdrennen in Karlshorst siegte Corsar mit 129:10.

(Weitere Berichte über turn- und sportl. Veranstaltungen mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden).

Kunst und Wissenschaft

Ein Lehrstuhl für Sexuallehre ist an der Universität Königsberg errichtet worden, der erste in Deutschland für das Gesamtgebiet. Bisher bestand lediglich an der Breslauer Universität ein Lehrstuhl für Sexualpädagogik. Als Dozent wurde der Königsberger Dermatologe Sanitätsrat Dr. S. Jeßner berufen. Er wird seine Vorlesungen mit dem kommenden Wintersemester beginnen.

Tagung der Paläontologischen Gesellschaft. Vom 8. bis 10. August tagt im Senckenberg-Museum in Frankfurt am Main die paläontologische Gesellschaft zum ersten Male nach dem Kriege. Auch ausländische Gelehrte werden sich beteiligen.

Gewinn-Auszug

der

18. Preuß.-Südd. (244. Preuß.) Klassen-Lotterie

2. Klasse 1. Ziehungstag 5. August 1921

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 297 Mark gezogen:

2 zu 150000 M 238443
2 zu 20000 M 22031
2 zu 3000 M 194127
6 zu 1000 M 90149 98085 240506
16 zu 500 M 82557 53005 57068 72115 73082 176841 196859 288188
30 zu 400 M 30956 38860 40545 98484 98740 118189 148707 149958 153622 176916 183122 202076 244109 250500 278218

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 297 Mark gezogen:

2 zu 40000 M 234853
2 zu 3000 M 271280
4 zu 1000 M 65751 100221
14 zu 500 M 20521 23462 96129 108840 189712 194201 231051
20 zu 400 M 17513 31968 54989 00128 68949 69296 74088 85264 [illegible] 243719

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210808-16/fragment/page=0006
DFG